

## AStA-Materialien

herausgegeben vom Allgemeinen Studentenausschuß der RWTH Aachen

# KRIEGSFORSCHUNG 1



Der "letzte Stand der Technik": Seuchen auf Bestellung!

### Baut die Bundeswehr Geheimwaffen?

Die sorgfältige Lektüre des Programms der Bundesregierung zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung läßt aufhorchen. Da heißt es im Bundesforschungsbericht II vom 28. 7. 1967 (S. 2054) u. a.:

*Forschung und Entwicklung für die Verteidigung: Um ... die eigene wissenschaftliche und technische Kapazität fördern zu können, wird ein immer größerer Anteil des Verteidigungshaushalts für Forschung und Entwicklung eingesetzt.*

*Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland ist nur dann gewährleistet, wenn Waffensysteme einsatzbereit sind oder in absehbarer Zeit einsatzbereit gemacht werden können, die dem letzten Stand der Technik entsprechen. Das Bundesministerium der Verteidigung arbeitet zur Durchführung seines Forschungsprogramms mit etwa 120 Hochschulinstituten, 65 hochschulfreien Instituten, 7 auf seine Initiative gegründeten und ausschließlich oder überwiegend finanzierten modernen Forschungsinstituten der Fraunhofer-Gesellschaft zusammen.*

Bakteriologische (B) und chemische (C) Waffen sind wohl die bekanntesten Ergebnisse der kriegsforschung. Seit den Unfällen in den USA und in Japan, wo durch Unvorsichtigkeiten beim Umgang mit gelagerten chemischen Kampfstoffen Menschen und Tiere gefährdet wurden, sind diese Waffen in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses gelangt. Eine Reihe von Meldungen über Lagerung dieser Stoffe und über Experimente in bundesdeutschen Instituten, Dementis und spätere Bestätigungen durch die Bundesregierung ging durch die deutschen Zeitungen. Überall regte sich Protest gegen diese Art von Kriegsführung - nur in der BRD blieb es relativ ruhig. Man bagatellierte das Problem und erweckte in der Bevölkerung den Eindruck, als geschähen Experimente mit B und C Kampfstoffen nur zum

Zweck des Bevölkerungsschutzes. Kürzlich erfolgte Nachforschungen haben jedoch ergeben, daß auch in der BRD Waffen dieser Art gelagert und entwickelt werden.

## US-Nervengas auch in Deutschland

Indirekte Bestätigung durch Bundesregierung / Gespräche mit USA?

Drahtbericht unseres Redaktionsmitglieds Jutta Roitsch

BONN, 25. Juli. Der Sprecher der Bundesregierung, Günter Diehl, hat am Freitag in Bonn indirekt Berichte bestätigt, nach denen die US-Streitkräfte in der Bundesrepublik in ihren Munitionslagern Artilleriegeschosse und Bomben mit Nervengas lagerten. Diehl erklärte vor der Presse, daß in West-Europa nicht nur die Amerikaner sondern auch die übrigen alliierten Truppen mit bakteriologischen Waffen ausgerüstet seien. Bisher habe es von deutscher Seite aus keine Verhandlungen über dieses Thema gegeben, aber nach den Zwischenfällen in Japan, bei denen durch ausströmendes Gas in einem US-Lager über zwanzig Soldaten schwer verletzt worden waren, sei es „denkbar und wahrscheinlich“, daß man „sich jetzt einmal über diese Fragen unterhält“.

Die Bundesregierung werde ferner eine möglichst klärende Antwort auf die Anfrage der FDP zu den Giftgaslagern in der Bundes-

republik geben. Die FDP hatte, wie bereits berichtet, die Bundesregierung unter anderem gefragt, welche Vorkehrungen getroffen worden seien, um Unfallgefahren abzuwenden. Diehl erklärte dazu, daß das Ziel der Gespräche mit den Alliierten sein könnte, zu erfahren, welcher Art die Vorkehrungen und Sicherheitsmaßnahmen seien.

Aus dem Verteidigungsministerium verlautete ferner, daß „in den Fällen, in denen die Bundesregierung über die Lagerung von Giftgasen informiert sei“, aufgrund der NATO-Verträge nichts Näheres gesagt werden könne. Der NATO-Partner, der die Waffen habe, sei voll für alles verantwortlich.

Als eine weitere Bestätigung dafür, daß Nervengas der Alliierten in der Bundesrepublik lagert, wurde der Hinweis gewertet, daß man im Verteidigungsministerium sichere Informationen darüber habe, daß die Truppen des Warschauer Paktes ebenfalls bakteriologische Waffen und entsprechende Laborwagen mit sich führten. Daher sei ein Verzicht auf diese Waffensysteme in Westeuropa nicht möglich, selbst wenn ein Erstgebrauch nicht in Frage komme, wie Diehl betonte.

(Fortsetzung auf Seite 2, Spalte 1)

(Fortsetzung von Seite 1)

Im Verteidigungsministerium und im Auswärtigen Amt wird zwar auf die Brüsseler Erklärung von 1954 verwiesen, in der die Bundesregierung auf die Herstellung von B- und C-Waffen verzichtet und sich wirksamen internationalen Kontrollen unterworfen habe, ferner werden von den Sprechern der Ministerien die Bemühungen der Bundesregierung um ein generelles Verbot der B- und C-Waffen bekräftigt, dennoch wird zugegeben, daß in „kontrollierten und minimalen Mengen“ B- und C-Testsubstanzen an deutsche Institute geliefert werden. Diese Substanzen dienen nicht nur zivilen Zwecken, sondern 1. der Entwicklung von Frühwarngeräten, beispielsweise für Panzer vom Typ „Leopard“, 2. Güteprüfzwecken für Wehrmaterial. Das heißt, unter anderem wird die Widerstandsfähigkeit von ABC-Schutzmasken oder Kampfanzügen getestet, 3. der Entwicklung von „feldmäßigen Entgiftungsverfahren“.

Ein Institut, an das die Alliierten Substanzen liefern, ist beispielsweise das Grafschafter Institut für Aerobiologie im Hochsauerland. Von der Tätigkeit dieses Institutes erfuhr die Öffentlichkeit durch die Aufsehen erregender Erklärungen des Mikrobiologen Ehrenfried Petras, der im November 1968 in die DDR überwechselte.

NRZ vom 2.8.69

### US-Politiker:

**Bonn will  
noch mehr  
Nervengas**

Washington (dpa). Der demokratische Abgeordnete Richard McCarthy aus New York hat vor der Presse im Repräsentantenhaus von Washington behauptet, daß die Bundesrepublik Deutschland in diesem Jahr „eine größere Menge von Nervengas“ bestellt habe, als ihnen in der Vergangenheit schon von den Amerikanern zu Testzwecken zur Verfügung gestellt worden sei.

Nun ist die Forschung auf dem Gebiete der chemischen und bakteriologischen Waffen keinesfalls das einzige Beispiel für Kriegsforschung; sicherlich gehören Arbeiten auf dem Sektor Gesellschaftswissenschaften (z.B. Soziologie der Partisanengruppen) ebenfalls dazu, aber für die Bevölkerung am einsichtigsten sind Forschungen auf dem Gebiet der B und C Waffen. Hierzu legt die Bernal-Friedenbibliothek einen Bericht vor, der im Februar 1968 auf einer Konferenz über "chemische und biologische Kriegsführung" vorgetragen wurde.

#### DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

##### 1) Was sind chemische und biologische Waffen?

Vom Schießpulver bis zu Napalm sind alle Explosivstoffe das Ergebnis einer chemischen Reaktion. Chemische und biologische Waffen wirken aber direkt als Ergebnis ihrer chemischen Eigenschaften und nicht durch Luftdruck, Hitze oder andere physikalische Wirkungen einer chemischen Reaktion. Sie zielen darauf ab, lebende Organismen zu zerstören oder zu schädigen. Diese Waffen können eingeteilt werden in: A — Chemische Waffen; B — Entlaubungsmittel; C — Biologische Waffen.

##### A — Chemische Waffen

Chemikalien werden als Gas, zerstäubte Flüssigkeit oder als fein pulverisierter Feststoff verbreitet. Sie können auch von niedrig fliegenden Flugzeugen versprüht oder mittels eines Aerosolnebels (Suspension feiner Teilchen) verteilt werden. Die amerikanischen Streitkräfte in Vietnam verwenden eine Art gigantisches Gebläse, genannt „Mighty Mite“, das hohe Konzentrationen von CS-Pulver in Tunnelsysteme, Keller und Häuser bläst. In den USA wurden umfangreiche Arbeiten über Beförderungssysteme unternommen, darunter auch der Bau von Sprengsätzen für die Sergeantrakete. Man glaubt, daß Rußland ähnliche Sprengköpfe für seine Scud-Rakete besitzt.

Typen von erzeugten Gasen: Sie werden als irritierende Wirkstoffe beschrieben wie z. B. Tränengase, Stickgase wie Chlorin und Phosgen, die auf die Lungen wirken; Nesselgase, die in erster Linie die Haut reizen; Blutgase wie Zyanwasserstoff, die durch die Lungen in den Blutkreislauf gelangen; bläschen erzeugende Gase wie die Arsen- und Senfgase, welche die Haut und Lungen verbrennen und Blasenbildung hervorrufen und besonders toxisch sind; die als G- und V-Wirkstoffe bekannten Nervengase, die als fürchterlich stark und tödlich wirkend bekannt sind; und schließlich die kampfunfähig machenden Gase wie das amerikanische „BZ“, welches die psychischen und physischen Funktionen verlangsamt.

Das eine irritierende Wirkung erzeugende „CS“ ist das von den Amerikanern in Vietnam derzeit hauptsächlich angewandte Gas, das eine große Kontroverse ausgelöst hat, zum Teil, weil es in diesem Land entwickelt wurde, und zum anderen, weil durch seine Wirkung Todesfälle nachgewiesen wurden.

Die Nervengase wie zum Beispiel Serin und Tabun, die zuerst von Deutschland entwickelt wurden, zwingen den Körper, sich durch ein funktionelles Nebenprodukt des Nervensystems zu vergiften. Eine Verbesserung der deutschen Entdeckungen, die V-Stoffe, gelten als britische Entdeckung. 1960 bestätigte das Verteidigungsministerium, daß es den USA Detailangaben über ihre Herstellungsprozesse zur Verfügung gestellt habe. Man glaubt, daß 1/100 Gramm dieses V-Gases bei Berührung mit der Haut tödlich wirkt. Diese fast unsichtbare Menge ermöglicht es, mit einem einzigen Angriff auf ganze Städte einzuwirken.

Die Vorteile chemischer Waffen für die Militärs: Sie sind relativ billig und leicht herzustellen. — Ihre Wirkungen fallen in einen weiten Bereich und sind anhaltend. — Ein Reihe verschiedener offener und verborgener Beförderungssysteme sind möglich. — Viele Wirkstoffe sind farb- und geruchlos und daher außerordentlich schwierig festzustellen; eine wirksame Aufdeckung und Behandlung ist verzögert und vielleicht unmöglich. — Die Stoffe lassen Installationen, Fabriken usw. intakt; sie dringen in Verstecke ein, die für andere Waffenarten unerreichbar sind, und können daher Truppen aktionsunfähig machen beziehungsweise Schaden anrichten.

Militärische Nachteile chemischer Waffen: Zu den Nachteilen gehören ihre Abhängigkeit von Wetterbedingungen wie Temperatur, Wind oder Nebel; variierende Wirksamkeit je nach Freisetzung in offenen oder geschlossenen Räumen; Schwierigkeiten hinsichtlich ihres taktischen Einsatzes wegen ihrer Persistenz oder der Gefahr für die eigene Armee; Unmöglichkeit des gezielten Einsatzes gegen ein individuelles Ziel.

##### B — Entlaubungs- und Pflanzenvertilgungsmittel

Das Versprühen gewöhnlicher Unkrautvertilgungsmittel aus Flugzeugen, um die Position des Feindes durch Vernichtung der Bepflanzung erkennbar zu machen, die Nahrungs-

## DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

mittelversorgung des Feindes durch Vernichtung der Kulturen abzuschneiden und Bevölkerungen so „menschlich“ wie möglich zum Verlassen des Gebietes zu veranlassen.

Die Nachteile dieser Chemikalien liegen in den ungewissen ökologischen Wirkungen einer hochgradigen Vergiftung des Bodens und in der unmittelbaren Tatsache, daß unweigerlich Kinder, Greise und Kranke betroffen werden. Die feindlichen Soldaten werden bei den verfügbaren Nahrungsmitteln immer Vorrang haben.

### C — Biologische Waffen

Das amerikanische Armeehandbuch führt vier Arten von Wirkstoffen in der biologischen Kriegführung an: 1) Mikroorganismen wie Bakterien, Viren und Pilze. 2) Toxine: chemische Giftstoffe, die von lebenden Organismen stammen. 3) Vektoren: Krankheitsüberträger wie Insekten, Vögel und Tiere. 4) Haustier- und Pflanzenschädlinge.

Im Bereich der Mikroorganismen haben die Forscher u. a. die Pest, Tularemie, Milzbrand, Cholera, Q-Fieber (Balkangrippe) und Psittakose (Papageienkrankheit) erforscht. Toxine sind geringe Mengen einer höchst giftigen Substanz, die von ansonsten unschädlichen Bakterien ausgeschieden werden. Da es sich um reines Gift handelt, sind sie nicht ansteckend. Das tausendfach mehr als Nervengase tödliche Botulinus-Toxin zählt zu den letalsten Giftstoffen. 1949 zeigte Dr. Brock Chisholm, während des Krieges Leiter der kanadischen Forschung für chemische und biologische Kriegführung, daß diese Waffe binnen sechs Stunden alles menschliche Leben in einem bestimmten Gebiet vernichten könnte, aber innerhalb von 12 Stunden vollständig verdunstet und ein völlig bewohnbares Gebiet hinterläßt (CBW, S. 13).

In den USA und anderenorts werden nachweislich Untersuchungen mit getrockneten Bakterien durchgeführt, die in der Luft verteilt werden sollen und in der Feuchtigkeit des menschlichen Organismus wieder zu leben beginnen. Das amerikanische Armeechemiekorps erklärte im Jahre 1960 vor dem Kongreß, daß 100 000 Pfund eines solchen Stoffes ein Drittel der Bevölkerung der Vereinigten Staaten, also annähernd 60 Millionen Menschen, vernichten würden.

**Militärische Vorteile biologischer Waffen:** Das mit einem ersten Einsatz wirksam erfaßte Gebiet ist größer als bei chemischen Waffen. Versuche haben gezeigt, daß Tausende von Quadratmeilen ohne weiteres einbezogen werden können. So eignen sich die biologischen Waffen ohne weiteres, gegen große Bevölkerungen eingesetzt zu werden. — Die biologischen Waffen wirken wie die chemischen direkt gegen die Bevölkerung und ihre Nahrungsmittelversorgung, und sie zerstören kein Eigentum. — Sie können sich selbst weiter verbreiten, wenn sie ansteckend sind. Ihre Feststellung oder Identifizierung ist sogar noch schwieriger als im Falle der chemischen Waffen. — Einige biologische Waffenwirkstoffe sind nicht unbedingt tödlich, sondern können bloß inaktivieren. Die für die Verwendung notwendigen geringen Mengen verleihen gegenüber der Vorbereitung, Lagerung und Verbreitung anderer Waffen einen ungeheuren Vorteil. Sie können schnell und zu relativ niedrigen Produktionskosten hergestellt werden. Sie eignen sich zum verborgenen Einsatz und ziehen daher nicht unbedingt einen Gegenschlag nach sich.

**Militärische Nachteile der biologischen Waffen:** Glücklicherweise gab es bisher bei den biologischen Waffen noch zu viele unbekannte Faktoren, um sie selbst im militärischen Sinne zu einem nützlichen Instrument zu machen. Weder ist es möglich, sie genau zu dosieren noch ihre gleichmäßige Verbreitung zu gewährleisten. Die Gefahren, daß sich die Infektion auf die eigenen Streitkräfte oder das eigene Land ausbreitet oder auf die Tier- oder Insektenpopulation überträgt und dann wieder in Erscheinung tritt, sind zu groß. — Massiv und erkennbar eingesetzte biologische Waffen würden eine Vergeltung herausfordern, kleine Mengen sind bisher zu unsicher.

### 2) Der Hintergrund der Entwicklung der chemischen und biologischen Kriegführung und die rechtliche Situation

Die Haager Konvention von 1907 untersagte „die Verwendung von Gift oder giftigen Stoffen, die dazu geeignet sind, eine überflüssige Schädigung hervorzurufen.“

## DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Die chemische Kriegführung begann in kleinem Ausmaß im Ersten Weltkrieg mit einem Chlorgasangriff der Deutschen im Jahre 1915, obgleich es allerdings auch Behauptungen gab, daß die Franzosen schon früher Tränengas angewendet hatten. Ab 1915 wurde von beiden Seiten zunehmend Phosgen-, Chlor- und Senfgas verwendet, und gegen Ende des Krieges waren sogar noch tödlichere Gase, wie z. B. Liwisit, zum Einsatz bereit.

Nach dem Krieg ergriffen die USA die Initiative zum Verbot der chemischen Kriegführung. Der von ihnen vorgeschlagene und ratifizierte Vertrag von Washington (1922) stellte die Verwendung von Stick-, Gift- und anderen Gasen im Krieg außer Gesetz. Leider wandte sich Frankreich gegen die Einbeziehung von bestimmten Klauseln in den Vertrag, die mit der chemischen Kriegführung in keinerlei Zusammenhang stehen, was zur Ablehnung des ganzen Vertragswerkes führte.

Der zweite Versuch, das Genfer Protokoll aus dem Jahre 1925, fügte das zusätzliche Verbot der „bakteriologischen Kriegführung“ hinzu. Aus verschiedenen Gründen, wie dem wachsenden Isolationismus, den nachdrücklichen Interventionen der Amerikanischen Chemischen Gesellschaft und der Amerikanischen Legion, kam das von den Vereinigten Staaten zwar unterzeichnete Protokoll nicht über den Senat hinaus. Großbritannien und 43 andere Staaten ratifizierten das Protokoll. Seit dem Krieg haben weitere 14 Staaten, so auch Indien, Pakistan, Kuba und eine Reihe afrikanischer Staaten, das gleiche getan. Chinas Zustimmung von 1929 wurde von der Volksrepublik China anerkannt. Das Vereinigte Königreich, Frankreich, die UdSSR und einige andere Staaten gehören dem Vertrag unter der Bedingung der Reziprozität an.

Das Genfer Protokoll war wahrscheinlich ein Faktor, der die Verwendung der chemischen und biologischen Waffen während des Zweiten Weltkrieges verhinderte. Die Italiener hatten zwar im Krieg gegen Abessinien (1935—1936) Gas verwendet, und möglicherweise auch die Japaner in China (1937—1942) in geringem Ausmaß.

Roosevelt erklärte sich 1943 für eine Politik, daß „die USA nicht als erste die chemischen und biologischen Waffen verwenden würden“. 1945 entwarfen die Amerikaner gemeinsam mit Frankreich, Großbritannien und Rußland die Nürnberger Charta, die Kriegsverbrechen und Verantwortung definiert. Wenn sie auch keinen speziellen Artikel hinsichtlich der chemischen und biologischen Waffen enthält, kann doch darauf hingewiesen werden, daß eine derartige Kriegführung im Rahmen der Klauseln 6 und 7 untersagt ist.

1960 bekräftigte Eisenhower in einer persönlichen Erklärung erneut die Politik der USA, „nicht als erste die chemischen und biologischen Waffen zu verwenden“. 1966 stimmten die Vereinigten Staaten einer von Ungarn ausgearbeiteten Resolution der UNO-Generalversammlung zu, welche die strikte Einhaltung des Genfer Protokolls seitens aller Staaten forderte.

Formal unterstützen die USA gegenwärtig das von ihnen noch immer nicht ratifizierte Protokoll, mit Ausnahmen hinsichtlich des allumfassenden Verbots, und zwar: 1) Pflanzen und Kulturen werden vom Protokoll nicht erfaßt, daher sind Entlaubung und Vernichtung der Kulturen zulässig. — 2) Die USA befinden sich mit Vietnam nicht im Kriegszustand, das Protokoll verbietet aber die Anwendung nur „im Krieg“. — 3) Die in Vietnam eingesetzten Gase sind aufrührbekämpfende Gase und fallen nicht unter das Verbot gegen „erstickende, giftige oder analoge Gase“.

Die offizielle britische Haltung zum amerikanischen Gaseinsatz in Vietnam schließt sich diesem Gesichtspunkt an. In Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage erklärte Stewart am 20. Mai 1968: „Mir ist hinsichtlich der Verwendung eines tödlichen Gases nichts bekannt.“

Bereits vor der Anwendung von Gas in Vietnam war die amerikanische Position vielleicht wegen der Differenzen zwischen dem State Department und dem Verteidigungsministerium widersprüchlich. Das Armeefeldhandbuch FM 27—10 „Das Recht der Landkriegführung“ (Juli 1956) stellt ganz ausdrücklich fest: „Die Vereinigten Staaten haben keinen derzeit geltenden Vertrag unterzeichnet, der die Verwendung von toxischen oder nicht-toxischen Gasen, Rauch oder Brandstoffen oder von bakteriologischen Waffen im Krieg verbietet oder einschränkt.“

## DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

### 3) Die amerikanische Beteiligung an der Erforschung und Anwendung der chemischen und biologischen Waffen

In den Fünfzigerjahren war die chemische Abteilung der amerikanischen Armee demoralisiert, ohne viel Ansehen und in Gefahr, geschlossen zu werden. Ihr Budget war bloß mit 35 Millionen Dollar jährlich veranschlagt. 1959 beschloß sie, sich mit einer Kampagne „Operation blauer Himmel“ direkt an die Öffentlichkeit zu wenden. Es handelte sich dabei um das kluge neue Konzept des „Krieges ohne Tod“ zur Durchbrechung des nuklearen Stillstandes: kein Blutvergießen, keine Zerstörung, nur außer Funktion setzen und dann übernehmen. Dies war naiv, aber wirksam. Unterstützung kam von der Regierung und Privatunternehmen. 1961 hatte das gesamte Forschungs- und Entwicklungsbudget für alle drei Waffengattungen 57 Millionen Dollar erreicht. 1964 betrug es 158 Millionen Dollar. Spätere Ziffern blieben geheim, aber Dr. Steven Rose spricht von 300 Millionen Dollar jährlich für die gegenwärtigen Ausgaben.

Derzeit ist die Arbeit an den chemischen und biologischen Waffen fest in Großunternehmen, in der Regierung und an den Universitäten verankert. Bis zu 65 Prozent des gesamten Entwicklungs- und Forschungsbudgets wurde gelegentlich an Geschäftsunternehmen (Newcastle, S. 23) vergeben, und mindestens 50 Universitäten beteiligen sich an der chemisch-biologischen Waffenforschung. Die chemische Abteilung der Armee führt auch ihre eigenen Forschungen durch.

#### Einige Armeezentren

Edgwood Arsenal: Hauptzentrum für die Forschung an chemischen Waffen. — Fort Detrick (Maryland): Zentrum für die Erforschung der biologischen Kriegführung. Ungefähr 1 500 Morgen, 700 wissenschaftliche und medizinische Personen, militärische Einrichtung mit einem Wert von 76 Millionen Dollar. Konzentriert sich auf Milzbrand, Ruhr, Bruzellose (Maltafieber), Strahlenpilzkrankheit, Pest und Tularemie, wobei versucht wird, bei diesen Krankheiten eine Resistenz gegen Antibiotika zu züchten, um sie virulenter zu machen. Es wurden auch Pflanzenkrankheiten untersucht, um eine wirksame Waffe gegen die Reiskulturen zu finden (Science 133, Jan. 1967). Dieses Zentrum arbeitet mit britischen Wissenschaftlern aus Porton zusammen. — Dugway Versuchsgelände (Utah): erstreckt sich über ungefähr 1800 Quadratmeilen. Versuche mit nichttödlichen Stoffen an freiwilligen Personen. Im März 1968 wurden 25 Meilen von Dugway entfernt über 6000 Schafe getötet, die Schnee gefressen hatten, der anscheinend durch Nervengas vergiftet war, das nach Versuchen mit Granaten vom Dugway Versuchsgelände herübergezogen war. — Rocky Mountain Arsenal und Pine Bluff Arsenal: Massenproduktionszentren.

#### Einige kommerzielle Zentren

Food Machinery Corporation, Newport, Indiana: Hauptwerk für die Produktion von Nervengas, Sarin. Beschäftigt 300 Personen und arbeitet seit 1960 im 24 Stundenbetrieb. — Travelers Research Corporation (Hartford, Conn.): arbeitet an einem System für die Entwicklung von Pest und Tularemie als Waffe.

Diese Beschleunigung der Forschung wurde nicht nur durch Propaganda in der Öffentlichkeit und die finanzielle Förderung von Chemieunternehmen, sondern auch durch Anpassung an die Strategie der Regierung ermöglicht. Die Forschung war auf die folgenden Ziele ausgerichtet:

- 1) Erhöhte Aktionsfreiheit unter den Bedingungen des nuklearen Stillstandes;
- 2) praktische Probleme bei der Führung eines begrenzten Krieges gegen ein kleines unterentwickeltes Land, und die Notwendigkeit, eine wirksame Anti-Guerillawaffe zu finden.

Die letzten zehn Jahre waren in den USA durch eine erhöhte Duldung des Gebrauches von Gasen, aber auch durch eine verstärkte Unruhe bei den Studenten, in wissenschaftlichen Kreisen, bei Journalisten und der öffentlichen Meinung gegen diese Waffen und die damit zusammenhängende Forschung gekennzeichnet. Dies führte zu der paradoxen

## DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Situation, daß bis zur Konferenz über die chemische und biologische Kriegführung und der mit ihr verbundenen Kampagne in diesem Land in den Staaten allmählich weitaus mehr über diese Probleme durchsickerte als hier.

### Chemische und biologische Waffen im Einsatz in Vietnam

#### *Entlaubungsmittel*

Erstmals von der südvietnamesischen Regierung Ende 1961 verwendet. Goldwaters Argumente in der Wahlkampagne von 1964 für die Verwendung von Entlaubungsmitteln wurden von Johnson entrüstet zurückgewiesen, obwohl die Vereinigten Staaten mit der Anwendung in begrenztem Maßstab bereits begonnen hatten. Aber nach Johnsons Sieg wurde die Entlaubungskampagne verstärkt.

Ein vom Pentagon angeforderter Bericht führt aus, daß im Jahre 1967 843 606 Morgen Dschungel und 121 000 Morgen Kulturland mit einem Kostenaufwand von 39 Millionen Dollar besprüht wurden. Es war für 1968 geplant, 45 Millionen Dollar auszugeben, aber im Juni des gleichen Jahres berichtete das amerikanische Magazin „Science“ (zitiert im „Guardian“ vom 25. Juni), daß der Voranschlag des Pentagon für die 12 Monate vom 1. Juli an auf 70,8 Millionen Dollar erhöht worden war. Dr. Minarik von Fort Detrick gab im Januar 1968 in einer Ansprache den weit größeren Betrag von fast 100 Millionen Dollar an. Er gestand auch die Verwendung eines arsenhaltigen Sprühmittels, der Kakodylsäure, ein, das bedeutend giftiger ist als die gewöhnlichen Pflanzenvertilgungsmittel. Abgesehen von den unmittelbaren Folgen — Hungersnot der Zivilbevölkerung und die Unmöglichkeit, die Soldaten von den Lebensmitteln fernzuhalten —, sind amerikanische Wissenschaftler über die langfristigen Wirkungen besorgt: „Wir haben uns auf eine massive Umweltbeeinflussung eingelassen, ohne uns der biologischen Folgen bewußt zu sein“ (Dr. Barry Commoner in einer Rede vor der Amerikanischen Vereinigung für den Fortschritt der Wissenschaft).

Dr. Galston hob bei der letzten Konferenz über die chemischen und biologischen Waffen hervor, daß die Entlaubung die Durchschnittstemperatur erhöht, die Winde verstärkt, die Niederschläge vermindert und die Umwandlung des Bodens in Gestein fördert. Er sprach seine Besorgnis über die Verweildauer von Chemikalien im Boden aus. Eine geringgradige Vernichtung von Kulturen ist unwirksam, in genügend großem Maße für die ganze Gemeinschaft aber verheerend, insbesondere in einem Land, das sich von Reis ernährt.

#### *Reizgase*

Es handelt sich hier um ein weiteres Beispiel der allmählich beschleunigten Verwendung. Die Reizgase standen erstmalig 1962 zur Verfügung, wurden aber erst Dezember 1964 im Kampf eingesetzt. Der Verteidigungsminister identifizierte die verwendeten Gase im März 1965 als „DM“, „CS“ und „CN“. Sie wurden im Freien und nicht zur „Durchspülung“ von Tunnels verwendet. Dean Rusk betonte: „Es gab keine politische Entscheidung, in Vietnam den Gaskrieg zu entfachen... Wir sprechen über ein Gas, das von der Polizei in der Welt allgemein als Mittel zur Aufruhrebekämpfung zum Einsatz kommt... um zu vermeiden, daß unschuldige Menschen getötet oder verletzt werden“ („New York Times“ vom 25. 3. 1965).

Die überwältigende Gegenreaktion in den USA führte dazu, daß die Verwendung von Gas zeitweilig eingestellt oder zumindest nicht bekanntgegeben wurde. Im September 1965 wurde ein Offizier des Marinekorps nach Hause geschickt, weil er in einer Militär-offensive 48 Kanister CN-Gas verwendet hatte. Später wurde er von dieser Beschuldigung allerdings wieder freigesprochen. Möglicherweise wurde dieser Zwischenfall inszeniert, um die öffentliche Reaktion zu testen, die unbeachtlich war.

Ende 1965 wurde der Gebrauch von Gas ausgedehnt. Es gibt Berichte von neuen Gasen, die in der ursprünglichen Beschreibung nicht enthalten sind. Von diesem Zeitpunkt an kamen immer mehr Berichte über die Verwendung von Gas, um begrenzte Räume, wie Bunker, Tunnels und Schutzräume, zu säubern. Unter den in Vietnam gelagerten Gasen befindet sich CNS, ein Brechreiz erzeugendes Gas, mit länger anhaltenden Wirkungen als die durch CS verursachten, und BZ, ein lethargisch machendes Gas, das zeitweilig das

## DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Denken beeinflusst. Wegen der äußerst strengen Sicherheitsmaßnahmen und der widersprechenden Berichte in nichtamerikanischen Quellen läßt sich nicht genau feststellen, welche Gase in Vietnam verwendet wurden. Es ist aber möglich, daß Stoffe in verschiedenen Kombinationen experimentell auf ihre Wirkung erprobt wurden, daß Gas außer zum taktischen Einsatz zur Säuberung von Tunnelsystemen usw. auch zu Feldversuchen unter Kampfbedingungen getestet wurde, die im Versuchsgelände oder im Laboratorium nicht gegeben sind.

Die Amerikaner stellten sich immer auf den Standpunkt, daß die in Vietnam verwendeten Gase nicht tödlich sind. Selbstverständlich ist diese Beschreibung für Gase sinnlos. Ebenso wie Anästhetika sind sie nur dann nicht tödlich, wenn sie richtig und unter strenger Kontrolle verwendet werden, und nicht dann, wenn sie mittels Mighty Mite unter Druck in Tunnels gepreßt oder aus unmittelbarer Nähe eingesetzt werden.

Dr. Steven Rose berichtete einer Gruppe von Abgeordneten im Juli, daß CS-Gas dokumentarisch nachgewiesen den Tod von mehr als 350 Personen verursacht hat („Guardian“, 1. Juli 1968).

Einige Beispiele besonderer Unglücksfälle mit tödlichem Ausgang: Die „New York Times“ vom 25. März 1965 berichtete, daß durch den Einsatz von nichttoxischem Gas in Tunnels der australische Korporal Robert Bowtell getötet wurde, sechs andere Soldaten ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten, obwohl sie zur Zeit der Verwendung des Gases Gasmasken getragen hatten. — Der kanadische Arzt Dr. Vennemma, der in einem Zivilkrankenhaus in Vietnam arbeitet, berichtete in einem Brief an die Amerikanische Vereinigung zur Förderung der Wissenschaft, daß die Todesrate bei den in seinem Krankenhaus behandelten zivilen Gasvergifteten bei Kindern 90 Prozent, bei Erwachsenen 10 Prozent beträgt. Er sei nicht sicher, ob es sich bei dem fraglichen Gas um CS gehandelt habe, aber unbestreitbar um ein tödliches.

### Biologische Kriegführung

Es kann nicht direkt nachgewiesen werden, daß die Amerikaner in Vietnam biologische Waffen einsetzen, obwohl klar ist, daß in den Staaten ausgedehnte Forschungsarbeit auf diesem Gebiet geleistet wird. Dr. Robert Ellis, ein leitender Angestellter der New England Firm of Travelers Research, bestätigte, daß seine Firma mit dem Verteidigungsministerium einen Vertrag für die Entwicklung eines zur Verwendung in Vietnam geeigneten Systems der Verbreitung der Pest auf dem Luftwege abgeschlossen hat. Ein Teil dieses Projekts befaßt sich mit der Entwicklung eines Pestbazillenstammes, der besonders resistent gegen Antibiotika ist, in einem anderen Teil des Projekts wird die Haltung führender Regierungsmitglieder zu einer möglichen Anwendung der biologischen Waffen studiert (Viet Report, Juni—Juli 1966).

Die Gesellschaft PSR (Physicians for Social Responsibility — Ärzte für soziale Verantwortung), die hinter diesen Vertrag kam, stellt in einer Untersuchung fest, daß sie von Dr. Ellis, dem Verteidigungsministerium und dem State Department widersprechende Informationen erhalten habe. Ein Beamter des Weißen Hauses erklärte ihr, daß das State Department seine Opposition zur Verwendung der bakteriologischen Waffen in einem an den Präsidenten gerichteten entsprechenden Memorandum im Juni 1965 revidiert habe. Eine offizielle Ankündigung darüber erfolgte nicht.

Tatsache ist, daß die WHO-Ziffern über die Pest in Südvietnam kürzlich erstaunlich angestiegen sind. Früher trat die Seuche immer seltener auf, 1954 gab es keinerlei Fälle. Ab 1954 nahm die Zahl der Fälle nach und nach zu:

1964 — 227 Fälle; 1965 — 4500 Fälle; 1966 — 2649 Fälle in den ersten sechs Monaten!

Die Weltgesundheitsorganisation war nicht in der Lage, spätere Statistiken zu liefern, da sie der Zensur unterliegen. Ziffern, die von der amerikanischen Botschaft in Saigon im April 1968 freigegeben wurden, zeigen folgendes Bild:

1967 — 2438 verdächtige Fälle in den ersten drei Monaten des Jahres 1967; 1968 — 1647 verdächtige Fälle in den ersten drei Monaten.

Diese Ziffern stammen vom südvietnamesischen Gesundheitsministerium und wurden wahrscheinlich deshalb freigegeben, um das Absinken von 1967 auf 1968 zu zeigen. Sie

## DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

sind unmöglich zu überprüfen und wahrscheinlich ungenau, beweisen aber, daß die Verbreitung der Pest alarmierend ist. Natürlich existieren in Vietnam die klassischen Bedingungen für die Ausbreitung von Epidemien. Obwohl die statistischen Ziffern in den umgebenden Ländern sehr niedrig sind, ist es möglich, daß die Krankheit durch Schiffe von Indonesien eingeschleppt wird und sich dann natürlich ausbreitet.

Amerikanische Soldaten werden vor ihrer Abreise gegen die Pest immunisiert und erhalten dann alle vier Monate Nachimpfungen. Ein an Pest erkrankter amerikanischer Soldat wurde in die USA zurückgeschickt.

Wenn man dies im Zusammenhang mit anderen amerikanischen Aktivitäten in Vietnam und mit dem Aufwand für die Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der bakteriologischen Kriegführung sieht, kann die Möglichkeit nicht völlig ausgeschlossen werden, daß die Amerikaner Vietnam als Versuchsgelände für den bakteriologischen Krieg benützen, obwohl die Wahrscheinlichkeit wegen der Schwierigkeit der Sammlung brauchbarer statistischer Angaben und wegen der mit einem solchen Schritt verbundenen Gefahren entfernt ist.

#### **4) Wie steht es um die Politik und Arbeit anderer Länder auf dem Gebiet der chemischen und biologischen Kriegführung?**

Es muß angenommen werden, daß auf dem Gebiet der chemischen und biologischen Kriegführung in den meisten größeren Ländern der Welt Forschungsarbeit geleistet wird. Mehr weiß man über die Arbeit in den Vereinigten Staaten, und zwar aus folgenden Gründen: a) Es ist das einzige Land, das gegenwärtig die chemische Kriegführung anwendet, und dies in großem Maßstab; b) die unkonsequente Sicherheitspolitik hinsichtlich der chemischen und biologischen Kriegführung in den letzten Jahren hat die Verbreitung von Informationen begünstigt; c) das Anwachsen der Protestbewegung der Studenten und Wissenschaftler gegen den Vietnamkrieg hat Informationen ans Licht gebracht.

Ähnliche Forschungsarbeit wird in Kanada (Southern Alberta) und in Rußland (nahe der Kaspischen See) unternommen. Die von den Japanern in den Dreißigerjahren in der Mandchurei errichtete Station wird wahrscheinlich von der chinesischen Regierung benützt. Die USA berichteten über die Entdeckung von Verstecken von Gasgranaten chinesischer Provenienz in Vietnam. Es scheint klar, daß angeblich von Ägypten geliefertes Senfgas im Yemen zum Einsatz kam. Es gab auch unbestätigte Beschuldigungen, daß auch V-Stoffe verwendet worden seien. Als sich im Mai 1968 bei Studenten in Frankreich durch den Einsatz von CS lang anhaltende und schwere Wirkungen zeigten, wurde klar, daß dieses Gas auch in Frankreich existiert.

#### **5) Wie steht Großbritannien zu der chemischen und biologischen Kriegführung?**

Rechtlich ist die britische Haltung ganz offen und eindeutig. Großbritannien hat das Genfer Protokoll unterzeichnet, behält sich jedoch das Recht der Vergeltung vor, falls es mit chemischen oder biologischen Waffen angegriffen werden sollte. Die gesamte Forschungsarbeit dient in diesem Lande der Aufgabe, etwaige chemische oder biologische Waffen zu identifizieren und Verteidigungsmaßnahmen dagegen zu entwickeln.

In Wirklichkeit ist diese Haltung jedoch nicht so einfach, wie dies immer deutlicher durch öffentliche Anfragen und einen gewissen Druck zum Ausdruck kommt, der sich seit der Konferenz der J. D. Bernal Peace Library im Februar 1968 entfaltet hat.

Großbritannien tauscht im Rahmen des Programms für technische Zusammenarbeit vom Jahre 1958 und dem Grundnormen-Abkommen von 1964 wissenschaftliche Informationen mit den USA, Kanada und Australien aus, obwohl die genauen Bedingungen dieser Abkommen nicht bekannt gemacht wurden. Sie sind allgemein als Vierer-Abkommen bekannt. Dies bedeutete, daß die USA die kurz nach dem Krieg gemachte britische Wiederentdeckung des CS übernahmen und weiterentwickeln konnten: „Wir hatten das Glück, in der unmittelbaren Nachkriegszeit einen Wirkstoff namens CS wiederzuentdecken, da dieses chemische Produkt bereits vorher hergestellt worden war und praktisch 15 Jahre lang weltweit in Verwendung stand und auch weiterhin noch steht. Durch dieses Gas muß man weinen, die Nase schmerzt, es schnürt die Brust zusammen und verursacht Hustenreiz. Dies dauert so lange, als man sich in der Gaswolke befindet, die natürlich wahr-

## DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

scheinlich unsichtbar ist. Aber sobald man innerhalb von fünf bis zehn Minuten aus der Wolke herauskommt, verschwinden die Wirkungen, obwohl man vorher in der Wolke geglaubt hat, sterben zu müssen, und man erholt sich nachher wieder vollständig" (Eric Haddon, CDEE, Porton, in der Fernsehsendung „Eine Heimsuchung für eure Kinder“).

1960 bestätigte das britische Verteidigungsministerium, daß es Detailangaben über den Herstellungsprozeß von Nervengas an die USA weitergeleitet habe: „Nehmen wir die Nervenwirkstoffe. Einige der zuletzt entwickelten waren das Ergebnis der Arbeit eines Industriekonzerns in unserem Lande für bessere Insektizide. Er informierte uns, daß er eine wirklich niedrige Toxizität für Menschen erreichen wollte, aber zu seinem Schrecken festgestellt habe, daß einige der von ihm hergestellten Stoffe eine ziemlich hohe Toxizität besitzen. Wir gingen der Sache tatsächlich nach, informierten die Amerikaner im Rahmen unserer Verbindung, und die Amerikaner stellen diesen Stoff, wie Sie wissen, jetzt tonnenweise für offensive Zwecke her" (Eric Haddon, CDEE, Porton, in der Fernsehsendung: „Eine Heimsuchung für eure Kinder“).

Am 30. Juni 1968 berichtete der „Sunday Observer“, daß das US Journal of Microbiology (Zeitschrift für allgemeine Mikrobiologie) einen Artikel veröffentlicht hatte, der die Zusammenarbeit zwischen britischen Wissenschaftlern in Porton und amerikanischen Wissenschaftlern in Fort Detrick auf dem Gebiet des Pestbazillus beschreibt. Dr. Bernard Dixon, stellvertretender Chefredakteur von „World Medicine“, erklärte, daß diese Gemeinschaftsforschung möglicherweise zu der Herstellung eines der gefährlichsten Organismen führen könnte, die die Welt jemals gekannt hat.

### Die Einrichtungen in Porton

Über diese beiden Einrichtungen war in der Öffentlichkeit bis zum Zeitpunkt der BBC-Fernsehsendung vom 6. Juni 1968 „Eine Heimsuchung für eure Kinder“, und des Berichtes des Komitees für Wissenschaft und Technik, der am 8. Juli 1968 veröffentlicht wurde, wenig bekannt. Dieser Bericht erschien teilweise zensuriert. Die Zeitschrift „Nature“ erklärte dazu: „Wie in einem viktorianischen Roman hat die Aussage die Tendenz, sich in Augenblicken der Spannung in eine Reihe von Sternchen aufzulösen, um die Schrecken, die zu furchtbar sind, ausgesprochen zu werden, nur anzudeuten.“

### *CDEE — The Chemical Defence Experimental Establishment (Experimentelle Abteilung für chemische Verteidigung)*

Sie wurde 1916 vom Kriegsministerium geschaffen, um die Gefahr der chemischen Kriegführung zu untersuchen und einzuschätzen und die drei Waffengattungen über die Möglichkeiten des Schutzes zu beraten. Für den Betrieb ist ein Aufwand von 1 600 000 Pfund im Jahr erforderlich. Die Abteilung beschäftigt 70 Wissenschaftler und Ingenieure sowie 120 Laboranten. Die Installation hat eine Ausdehnung von 7000 Morgen für Versuche, verfügt aber selbstverständlich auch über Arbeitsmöglichkeiten in den größeren Geländen in den USA und Kanada. Porton unterhält eine Außenstation in Nancekuke, Cornwall, wo die Möglichkeit für die Produktion chemischer Stoffe in militärischen Quantitäten untersucht wird. In Nancekuke wird CS hergestellt. Ein Teil davon wird in die Schurmuley Fabrik nach Guildford gesandt, dort in Kanister abgefüllt und ungefähr an die Hälfte der Polizeikräfte im Lande geliefert. Ungefähr sechs Tonnen jährlich werden an ausländische Polizeikräfte exportiert, was ca. 25 000 Pfund einbringt. Das von den USA in Vietnam verwendete CS wird nicht in unserem Lande hergestellt. Parlamentarische Anfragen über die genaue Situation der Lizenzabkommen mit den USA wurden vom Verteidigungsministerium nicht völlig klar beantwortet.

Das Nervengas VX wird ebenfalls in Nancekuke, aber nur in Versuchsquantitäten hergestellt.

### *MRE — The Microbiological Research Establishment (Die Abteilung für mikrobiologische Forschung)*

Sie wurde während des Zweiten Weltkrieges geschaffen. Sie verfügt über 48 Wissenschaftler und 76 Laboranten und kostet jährlich 500 000 Pfund. Über 80 Prozent der hier durchgeführten Arbeiten wird in der Literatur veröffentlicht.

## DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Obwohl die Leiter betonen, daß beide Abteilungen in erster Linie für die militärische Verteidigung arbeiten, haben sie auch auf dem zivilen Sektor zur Entwicklung besserer Luftfilter, Schutzkleidung und verschiedener Impfstoffe beigetragen.

Ein Mitglied des amerikanischen Normenausschusses im Vereinigten Königreich und 13 Offiziere sind in Porton stationiert, um die Standardisierung der Ausrüstung mit den USA und unseren bewaffneten Streitkräften zu gewährleisten. Es gibt auch Standardisierungsabkommen mit der NATO und bilaterale Abkommen mit NATO-Ländern.

Die CDEE in Porton hat 27 Forschungsaufträge an Universitäten vergeben, MRE fünf. Keiner steht unter besonderer Geheimhaltung. Die mit der Arbeit betrauten Universitäten haben sich allerdings einverstanden erklärt, vor einer Veröffentlichung das „Department“ zu konsultieren. Die Genehmigung könnte verweigert werden, wenn es das nationale Interesse und die nationale Sicherheit erfordern (Parlamentarische Beantwortung durch den Unterstaatssekretär für Verteidigung, 26. Februar 1968).

### Wachsende Besorgnis der Öffentlichkeit über die chemischen und biologischen Waffen in Großbritannien

Seit Januar 1969 ist eine wachsende Besorgnis der Öffentlichkeit über die chemischen und biologischen Waffen im allgemeinen und die britische Beteiligung an den amerikanischen Aktionen in Vietnam im besonderen festzustellen.

1) Parlamentsmitglieder stellten Fragen, um Licht in die folgenden Angelegenheiten zu bringen: Geheimgehaltene Verteidigungsaufträge an den Universitäten; der genaue Charakter des Vierer-Abkommens für Informationen; die Arbeit in Porton und Nancekuke; das Verhältnis zwischen den britischen und den amerikanischen chemischen und biologischen Waffen.

2) Viele britische Wissenschaftler einschließlich der Hälfte aller britischen Nobelpreisträger führen eine Kampagne für die Bekanntgabe der gesamten von der MRE in Porton durchgeführten Arbeit und für die Übertragung dieser Arbeit aus der Kompetenz des Verteidigungsministeriums in die einer Zivilbehörde, vorzugsweise des Gesundheitsministeriums. „Wir haben gesehen, wie britische chemische Forschungsergebnisse den Amerikanern zugänglich gemacht worden sind, die offensive Waffen entwickeln. Es könnte nun die Situation eintreten, daß die britische biologische Forschungsarbeit von den Amerikanern benützt wird, um Waffen für den Bakterienkrieg zu entwickeln“ (Maurice Wilkins, „Guardian“, 27. Juni 1968). Wilson antwortete, daß einige geheime Maßnahmen wichtig seien, um die Bereitschaft des Landes sowie einige Stoffe, an denen wir arbeiten, nicht preiszugeben.

3) Gruppe gegen die chemischen und biologischen Waffen: ins Leben gerufen von Frau Compton in Devon und in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen wie FOR und CND gebildet, um Teach-ins abzuhalten und an Zeitungen zu schreiben.

4) Studentengruppen, insbesondere an der Universität von Essex, haben Demonstrationen durchgeführt.

Die Regierung hat auf diesen Druck hin mit der Ankündigung geantwortet, daß es bei der MRE in Porton „Offene Tage“ geben werde und daß der Staatsminister für Abrüstung, Fred Mulley, der 18-Staaten-Abrüstungskonferenz in Genf am 6. August 1969 Vorschläge überbringen wird.

### Das britische Arbeitsdokument über die chemische und biologische Kriegführung

Die chemische und die biologische Kriegführung sollen getrennt behandelt werden.

Die Forschungsarbeit für chemische Waffen erfordert in vielen Ländern bereits beträchtliche Investitionen. Gase wurden im Krieg schon verwendet; die Frage der Unterscheidung zwischen tödlichen und nichttödlichen Gasen ist kompliziert.

Die Frage der chemischen Kriegführung sollte daher zwecks Ausarbeitung eines Berichts über den Charakter und die Anwendung chemischer Waffen an den UNO-Generalsekretär verwiesen werden.

## DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Es gibt Vorschläge für eine neue Konvention zum Verbot mikrobiologischer Methoden der Kriegführung, um das Genfer Protokoll von 1925 zu ergänzen, aber nicht zu ersetzen. Jene Staaten, die sich der Konvention anschließen, würden zustimmen, solche Methoden der Kriegführung unter keinen Umständen anzuwenden und auch keinerlei Forschungsarbeit auf dem Sektor der mikrobiologischen Waffen zu unternehmen.

Die Schwierigkeiten der Überprüfung und Kontrolle werden anerkannt; es wird jedoch vorgeschlagen, eine kompetente Instanz von Experten unter den Auspizien der UNO zu schaffen, die alle Beschuldigungen der Anwendung mikrobiologischer Waffen zu untersuchen hätte. Es sollten Bestimmungen für die Vernichtung aller gelagerten mikrobiologischer Waffen und Zusatzgeräte und für die Aufhebung der Geheimhaltung über die Forschungsarbeit auf verwandten Gebieten erlassen werden.

Die russische Reaktion war, daß es wichtiger wäre, Möglichkeiten in Betracht zu ziehen, um das Genfer Protokoll wirksamer zu machen, und alle Länder, insbesondere die USA und Japan, zu veranlassen, es zu ratifizieren. Herr Roschtschin berief sich dabei auf den Appell der UNO-Generalversammlung von 1966, der zum Beitritt aufrief und dem die USA bereits zugestimmt haben.

Die amerikanische Reaktion war neutral. „Die Vereinigten Staaten unterstützen weiterhin die verdienstvollen Ziele des Genfer Protokolls. Die neue von Großbritannien vorgeschlagene Konvention würde das Genfer Protokoll nicht aufheben, sondern ergänzen.“

Man kommt schwer um das Gefühl herum, daß es sich hier bei der britischen Regierung um den Versuch handelt, die Kritiker ihrer Politik hinsichtlich der chemischen und biologischen Waffen im eigenen Lande zu entwaffnen, ohne sich gegen die amerikanischen Praktiken der chemischen Kriegführung stellen oder sie diskreditieren zu müssen. Es wäre allerdings bedauerlich, wenn man zuließe, die Frage fallen zu lassen. Ein UNO-Bericht über die Anwendung chemischer Waffen könnte ein Anfang sein. Die Pugwash-Experimente für die Möglichkeit einer Untersuchung der biologischen Waffenforschung und für Methoden zur raschen Aufdeckung mikrobiologischer Wirkstoffe in der Luft könnten mehr Schutz bieten als die Schaffung einer internationalen Körperschaft zur Untersuchung von Beschuldigungen über die Anwendung biologischer Waffen nach erfolgtem Einsatz.

### 6) Welche Probleme ergeben sich aus der Forschung und Anwendung der chemischen und biologischen Kriegführung?

Argumente für die Fortsetzung der gegenwärtigen britischen Politik der geheimen Forschung und für das Recht auf Vergeltung:

1) Diese Politik ist notwendig für die richtige Verteidigung des Landes. — Es gibt das Beispiel der abschreckenden Wirkung durchgesickelter Berichte über die geheime Forschung im Zweiten Weltkrieg. — Es besteht die Gefahr, daß andere Länder unsere Geheimnisse erfahren und diese für offensive Zwecke gegen uns verwenden. — Durch das Vierer-Abkommen haben wir Zugang zu den großen Einrichtungen der amerikanischen Forschung und wenden daher wenig Geld für unsere eigene Forschung auf. Dies würde sich ändern, wenn die Geheimhaltung aufgehoben wird. — Die Aufrechterhaltung einiger geheimer Arbeiten würde es dem Land ermöglichen, auf intensivere militärische Arbeit umzuschalten, wenn sich dies als notwendig erweisen sollte. — Die Arbeit in unserem Lande ist nicht provokatorisch und bewegt sich in einem so kleinen Rahmen, daß eine Lagerung vermieden werden kann. Wir haben auch keine Arbeit an Beförderungssystemen unternommen. — Zum Unterschied von einem nuklearen Angriff könnte einem chemischen und biologischen Angriff Widerstand geleistet werden, da es vernünftige Ausichten auf Gegenmittel gibt. Es ist die Aufgabe von Porton, sie zu erforschen, zu erproben und einzusetzen. — Die Kenntnis eines potentiellen Feindes, daß wir gegen ein spezifisches Gas oder eine biologische Waffe geschützt sind, könnte ihn zur Änderung in der Wahl des Wirkstoffes veranlassen.

2) Man kann keine Waffe ignorieren, die im Krieg die Möglichkeit bietet, den Sieg herbeizuführen und die Zahl der Opfer zu vermindern. Ein zivilisierter Krieg ist nicht möglich. Jede Unterscheidung zwischen zum Beispiel Napalm und Gas ist falsche Moral. Wenn

So weit der Bericht der Bernal-Friedensbibliothek. Als Beispiel für Forschung auf dem Sektor der B-Waffen folgt nun eine Erklärung von Dr. Ehrenfried Petras, ehemals Leiter des Labors für Mikrobiologie am Institut für Aerobiologie in Graf...

#### DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

unser Land jemals in einen Krieg gerät, muß es mit allen ihm zu Gebote stehenden Waffen kämpfen, um zu gewinnen.

3) Wir müssen auf internationaler Ebene versuchen, die Kontrolle über die chemischen und biologischen Waffen zu gewinnen, dürfen aber unsere eigene Forschung nicht einstellen, bis eine solche Kontrolle gesichert ist.

Im Laufe der Zusammenstellung dieses Materials wurden Kritiken an der derzeitigen Haltung des Vereinigten Königreiches laut, die nachstehend zusammengefaßt sind:

1) Im Interesse einer weiteren Abrüstungskontrolle sollten Vorschläge oder Praktiken vermieden werden, die die Gefahr einer Verwässerung des einzigen Waffenverbots mit sich bringen, das während des Zweiten Weltkrieges standgehalten hat.

2) In Friedenszeiten ist eine Geheimhaltung eher provokatorisch als schutzbietend. Selbst im Zweiten Weltkrieg war es nicht die Geheimhaltung, die uns vor Gasangriffen schützte, sondern weil wir absichtlich durchsickern ließen, daß wir darauf vorbereitet sind.

Professor E. H. S. Burhop von der Universität London erklärte laut Berichten, daß es durch die Veröffentlichung von Ergebnissen ein zu erwartendes Risiko geben könnte, da eine erfolgreiche wissenschaftliche Entdeckung eines Mikroorganismus oder eines schädlichen Stoffes einem anderen Lande zugänglich gemacht werden könnte. Ein solches Ereignis scheint jedoch unwahrscheinlich, da alle auf diesem Sektor arbeitenden Länder ungefähr gleich weit und ungefähr auf dem gleichen Niveau fortgeschritten sind.

Die Bekanntgabe von Verteidigungsmaßnahmen muß deren Wert nicht unbedingt herabsetzen. Eine wirksame Verteidigung könnte durch die Demonstration des Wissens erhöht werden.

3) Die Folgen der geheimen Forschung und der Verteidigungsaufträge an Universitäten sind besonders in Friedenszeiten beunruhigend und sprechen gegen die wirklich freie und offene Forschung, die ein Merkmal der Welt des Lernens sein muß.

4) Die moralische Auflehnung gegen die chemischen und biologischen Waffen sollte nicht unterschätzt werden. Sie richtet sich aber mehr gegen die britische Haltung im Rahmen des Vierer-Abkommens als gegen die Waffen an sich. Dies kommt in der nachstehenden Meinung zum Ausdruck: „Wie können es die Politiker wagen, Hoffnungen in internationale Kontrollen zu setzen und eine Tugend in der Tatsache zu sehen, daß Großbritannien diese Waffe noch nicht verwendet aber insgeheim Alliierten überlassen hat, die sie einsetzen können oder könnten? Man kann nur Entrüstung empfinden, daß die Nation in eine so schwierige Lage versetzt worden ist“ (Aus einem Inserat in einer nationalen Kirchenzeitschrift).

„Was jedoch viele von uns mit Sorge erfüllt, ist die Frage, ob die Ergebnisse ihrer Untersuchungen ... an Instituten jenseits unserer Grenzen mitgeteilt werden. Sind es nicht gerade jene, nicht an die Genfer Konvention gebundenen Institutionen, die praktisch mit der Weiterentwicklung und Perfektionierung gerade jener Instrumente des chemischen Angriffes beschäftigt sind, gegen die Porton die Gegenmittel sucht (Lord MacLeod in einem Brief an die „Times“ vom 28. Juni 1968)?“

Die britische Zusammenarbeit mit den USA zusammen mit unserer eigenen Forschung weckt den Argwohn anderer Länder und trägt nicht dazu bei, ein Kontrollabkommen zu erreichen.

5) Ist das Endergebnis dieser Form der Forschung dazu bestimmt, die Möglichkeit der chemischen und biologischen Kriegführung zu vergrößern oder zu verringern? Die Vereinigung amerikanischer Wissenschaftler (Federation of American Scientists) veröffentlichte im Mai 1968 eine Erklärung, die auch für unser Land anwendbar ist: „Es ist für eine reiche Nation mit der stärksten Abschreckungsmacht auf Erden verrückt, andere Nationen zur Entwicklung billiger Waffen zu ermutigen, die unsere Macht neutralisieren oder unser Volk vernichten könnten ... Wir sollten weder durch unsere Handlungen noch durch unsere Erklärungen die Stichhaltigkeit der chemischen und biologischen Kriegführung erhöhen.“

Wenn wir unsere geheime Forschung über die chemische und biologische Kriegführung fortsetzen, haben wir mehr zu verlieren als zu gewinnen.

## DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

6) Garantiert die in Porton durchgeführte Arbeit wirklich die Verteidigung unseres Landes gegen die chemischen und biologischen Waffen?

Die einzigartige Empfindlichkeit des Vereinigten Königreiches für einen derartigen Angriff wurde bereits betont, denn wir sind eine kleine Insel mit großen Bevölkerungsdichten und ziemlich permanenten Westwinden ausgesetzt.

Trotz den Versicherungen von Regierungssprechern und den Abteilungsdirektoren in Porton bietet die dort durchgeführte Arbeit keine Verteidigung für die Zivilbevölkerung. Ein Angriff mit ähnlichen Nervengasen, wie sie in den Fünfzigerjahren in Porton entwickelt wurden, würde uns ohne Verteidigungsmöglichkeit lassen. Wir haben keine Schutzkleidung, keine Luftfiltergeräte, keine Atropinspritzen oder Immunisierungsmethoden für den Zivilgebrauch. Die einzige Verteidigungsmöglichkeit gegen einen Angriff mit chemischen oder biologischen Waffen ist eine hinreichend informierte und offen geschützte Bevölkerung. Will unser Land das Geld ausgeben, das für die Gewährleistung eines solchen Schutzes notwendig ist?

7) Die Argumente gegen die Anwendung von Gasen oder biologischen Waffen in jedem Maße oder unter allen Umständen bedeuten keine falsche Moral.

Die chemischen und biologischen Waffen sind wie die nuklearen als totale Waffe anzusehen, die potentiell die ganze Bevölkerung vernichten können. Der Angriff eines einzigen Bombers mit Nervengas könnte derzeit eine gleiche Zahl von Toten zur Folge haben wie der Atombombenangriff auf Hiroshima und Nagasaki. „Feldversuche mit biologischen Waffen und insbesondere der tatsächliche Ausbruch eines mit biologischen Waffen geführten Krieges würden heutzutage eine Bedrohung der gesamten Menschengattung bedeuten“ (M. Mesdon bei der Konferenz über chemische und biologische Waffen im Februar 1968).

Einige Vorschläge für eine Änderung der britischen Politik und für eine Kontrolle der chemischen und biologischen Waffen

1) Neuerliche Bestätigung und Konsolidierung des Genfer Protokolls von 1925. — Schluß mit der falschen Unterscheidung zwischen „tödlichen und nichttödlichen“ Gasen. Ein erster Schritt hierzu könnte die Ausarbeitung eines Berichtes seitens des UNO-Generalsekretärs über Gase und die Folgen ihrer Anwendung sein, wie dies von Fred Mulley in Genf vorgeschlagen wurde. — Arbeit im Sinne des Abkommens über die „offene Forschung“ auf dem Gebiet der Mikrobiologie, wie es von den Pugwash-Konferenzen ausgearbeitet wurde, das es jedem Lande nahezu unmöglich machen würde, eine biologische Waffe geheim zu erproben.

2) Beendigung des Informationsabkommens hinsichtlich der chemischen und biologischen Waffen mit den USA, Kanada und Australien.

3) Einstellung jeden Exports von chemischen Wirkstoffen.

4) Überstellung von Porton in die Kompetenz des Gesundheitsministeriums und freier Zutritt für die Öffentlichkeit in Porton.

5) Information der Öffentlichkeit über die Fakten der chemischen und biologischen Waffen wie in Schweden, so daß Entscheidungen auf Grund der Kenntnis der Sachlage über eine etwaige Verteidigung und deren Kosten getroffen werden können.

Aus einer Dokumentation des „Internationalen Instituts für den Frieden“, Wien, Januar — März 1969; unwesentlich gekürzt.

So weit der Bericht der Bernal-Friedensbibliothek. Als Beispiel für Forschung auf dem Sektor der B-Waffen folgt nun eine Erklärung von Dr. Ehrenfried Petras, ehemals Leiter des Labors für Mikrobiologie am Institut für Aerobiologie in Grafschaft/Sauerland.

#### DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

##### Meine Damen und Herren!

Aus meinem Interview mit dem Deutschen Fernsehfunke ist Ihnen bekannt, daß ich durch meine neunjährige Tätigkeit im Institut für Aerobiologie in Grafschaft/Sauerland umfangreiche Kenntnisse über die Vorbereitung der B- und C-Kriegführung in der westdeutschen Bundesrepublik erhalten habe. Alle einschlägigen Arbeiten auf diesem Gebiet in der westdeutschen Bundesrepublik werden durch das Bundesverteidigungsministerium für militärisch-offensive Zwecke nutzbar gemacht.

Das westdeutsche militärische Forschungspotential auf dem B- und C-Waffen-Sektor umfaßt eine ganze Palette hochpathogener Mikroorganismen und Viraeroseole, der V-Stoffe, G-Gase, Toxine, psychoaktiven Kampfstoffe, Algogene und der phytotoxischen Kampfstoffe.

Im Vordergrund der wissenschaftlichen Bearbeitung dieser Probleme in speziellen Forschungseinrichtungen, in Universitätsinstituten und in Labors der chemischen Industrie Westdeutschlands stehen dabei folgende Fragen:

- 1) Weitere Erforschung und Neuentwicklung biologischer und chemischer Kampfstoffe und ihrer Einsatzmöglichkeiten als Aerosole;
- 2) die Erforschung optimaler Nachweis- und Entgiftungsverfahren für diese Giftstoffe, einschließlich der Entwicklung und Produktion von Gegenmitteln;
- 3) Erforschung von Kombinationsschäden, die durch gleichzeitige Einwirkung verschiedener Arten von ABC-Waffen entstehen;
- 4) Forschungen über alle Probleme des individuellen und kollektiven Schutzes sowie der medizinischen Versorgung vergifteter und strahlengeschädigter Personen.

Diese Forschungskomplexe bilden innerhalb der Konzeption des westdeutschen Bundesverteidigungsministeriums zur allseitigen Vorbereitung der ABC-Kriegführung eine notwendige Einheit und können daher nicht isoliert voneinander betrachtet werden.

Das gegenwärtige westdeutsche Rüstungsprogramm auf dem B- und C-Waffen-Sektor wird als ein straff organisiertes System der Forschung, Testung und Produktionsvorbereitung unter der Leitung des Bundesverteidigungsministeriums durchgesetzt. In der Abteilung Wehrtechnik des Bundesverteidigungsministeriums liegt die zentrale Leitung der militärischen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten auf diesem Gebiet. Das betrifft sowohl die Auftragserteilung, die Koordinierung als auch die Finanzierung der Arbeiten. Gleichzeitig übt diese Abteilung einen bestimmenden Einfluß auf die Auswahl der zur Durchführung der geforderten Arbeiten heranzuziehenden hochqualifizierten Wissenschaftler aus.

Zur unmittelbaren Leitung der biologischen und chemischen Kriegsvorbereitungen wurde in jüngster Zeit auf Initiative des Bundesverteidigungsministeriums eine besondere „Studiengruppe ABC“ gebildet, die sich aus Vertretern der damit befaßten Referate des Bundesverteidigungsministeriums zusammensetzt.

Eine besondere Rolle als Beratungs- und Koordinierungsorgan des Bonner Bundesverteidigungsministeriums auf dem ABC-Sektor spielt der „Wissenschaftliche Beirat für das Sanitäts- und Gesundheitswesen der Bundeswehr“, auch als „Wehrmedizinischer Beirat“ bezeichnet.

Neben diesen Gremien verfügt das Bundesverteidigungsministerium auch über eigene Forschungseinrichtungen wie z. B. die ABC-Erprobungsstelle E 53 der Bundeswehr/Munsterlager in der Lüneburger Heide, die ABC-Abwehrschule Sonthofen sowie über das Institut für Aerobiologie in Grafschaft; außerdem schließt es Forschungsverträge mit Einzelpersonen bzw. wissenschaftlichen Arbeitsgruppen direkt oder zum Zwecke der Tarnung über die Fraunhofer-Gesellschaft ab.

Aus den verschiedensten politischen und ökonomischen Erwägungen sowie zu Zwecken der Geheimhaltung und Tarnung hat das westdeutsche Bundesverteidigungsministerium von Anfang an bei der Wiederaufrüstung Wert darauf gelegt, seine militärische Forschung weitgehend in den bestehenden zivilen Forschungseinrichtungen der westdeut-

## DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

schen Chemiekonzerne, Universitätsinstitute und anderen Forschungseinrichtungen so durchführen zu lassen, daß deren wahrer Charakter nicht sofort sichtbar wird. Eine der Hauptvoraussetzungen für diese Methode besteht darin, daß es unter den Bedingungen einer modernen Forschung und Industrie — diese sind in Westdeutschland vorhanden — eine weitgehende Überlagerung der Forschungsarbeiten für militärische und zivile Zwecke gibt. Daraus ergeben sich für das westdeutsche Bundesverteidigungsministerium erhebliche Vorteile, wie eine bessere Tarnung der unter ziviler Forschung, Entwicklung und Produktion laufenden Arbeiten für offensive militärische Zwecke, der Einsparung von Zeit, Personal und Geldmitteln. Das westdeutsche Bundesverteidigungsministerium hat sich bereits heute einen dominierenden Einfluß auf das entsprechende westdeutsche Potential der Forschung und Industrie gesichert, so daß es viele Wissenschaftler gibt, die trotz persönlicher Vorbehalte nicht wagen, Forschungsaufträge des Bundesverteidigungsministeriums zurückzuweisen.

\*

Im folgenden werde ich Sie mit einigen detaillierten Angaben über das Institut für Aerobiologie in Grafschaft/Sauerland der Fraunhofer-Gesellschaft München bekannt machen.

Die Gründung des Instituts erfolgte 1959 mit dem Ziel, Forschungen des westdeutschen Bundesverteidigungsministeriums zur Vorbereitung der B- und C-Kriegführung durchzuführen. Zunächst war daran gedacht, das Institut für Aerobiologie dem westdeutschen Bundesverteidigungsministerium unmittelbar als Bundesanstalt zu unterstellen. Von diesem Gedanken wurde sehr bald Abstand genommen, und statt dessen wurde das Institut zum Zwecke der Tarnung der militärischen Forschung formal der Fraunhofer-Gesellschaft unterstellt.

Die Aufgabenstellung des Instituts war also von Anfang an auf wehrtechnische Objekte offensiven Charakters festgelegt. Im Frühjahr 1961 übernahm das Bundesministerium für Verteidigung bereits die unmittelbare Anleitung und direkte Aufgabenstellung für das Institut. Das besondere Interesse des Bundesverteidigungsministeriums an dem Institut wird auch dadurch unterstrichen, daß der damalige Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Strauß schon für den 10. Januar 1961 zu einem Besuch angemeldet war.

Die Auftragserteilung durch das Bundesverteidigungsministerium erfolgt über die Abteilung T (Wehrtechnik), Referat T II 2, früher Referat T II 4. Zuständiger Referent des Bundesverteidigungsministeriums war bis zum vorigen Jahr Ministerialrat Dr. Glupe. Seit 1967 untersteht das Grafschafter Institut in wissenschaftlicher Hinsicht unmittelbar den Weisungen des Ministerialrates im Bundesverteidigungsministerium Dr. Strathmann, wobei Dr. Engelhard (Sohn des Göttinger Professors Engelhard) als sein Stellvertreter fungiert.

Entsprechend der Satzung der Fraunhofer-Gesellschaft wurde dem Institutsleiter ein Kuratorium beigeordnet. Dieses Kuratorium hat die Aufgabe, in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesverteidigungsministerium die fachliche Aufgabenstellung zu präzisieren. Dem Kuratorium gehören namhafte Wissenschaftler an, die gleichzeitig die Verbindung zu anderen Instituten und Einrichtungen sichern und damit eine Erweiterung des wissenschaftlichen Potentials zur Realisierung der vom Bundesverteidigungsministerium fixierten aggressiven Zielstellung gewährleisten.

Die wichtigsten Vertreter waren bis 1963/64: Prof. Dr. Lendle, Institut für Pharmakologie und Toxikologie der Universität Göttingen; Prof. Dr. Kliewe, damals Leiter des Instituts für Hygiene und Mikrobiologie der Universität Mainz; Prof. Dr. Langendorff, Direktor des Radiologischen Instituts der Universität Freiburg.

Das Bundesverteidigungsministerium übte seinen Einfluß über Regierungsrat Dr. Bollinger und die Fraunhofer-Gesellschaft durch ihren Generalsekretär Herrn Epp aus. 1964 wurde auf Weisung des Bundesverteidigungsministeriums ein neues Kuratorium für das Institut berufen, das aus folgenden Professoren besteht: Prof. Dr. Westphal, Direktor des Max-Planck-Instituts für Immunbiologie Freiburg; Prof. Dr. Lüttringhaus, Direktor des

17

## DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Organisch-chemischen Instituts der Universität Freiburg; Prof. Dr. Kimmig, Direktor der Haut- und Poliklinik der Universität Hamburg.

Die Befugnisse dieses Kuratoriums werden durch das Bundesverteidigungsministerium sanktioniert. Seine Zusammensetzung garantiert ein hohes Niveau der wissenschaftlichen Arbeiten im Rahmen der vom Bundesverteidigungsministerium konzipierten Forschung für die B- und C-Kriegführung.

Diese militärischen Forschungsarbeiten im Grafschafer Institut werden in folgenden drei Abteilungen betrieben: 1) In der Medizinisch-biologischen Abteilung, zu der die Laboratorien B 1—7 sowie die Heiße Zelle gehören; 2) in der Chemischen Abteilung mit den Laboratorien 1—4; 3) in der Physikalischen Abteilung mit dem Labor 1 und 2 sowie mit dem Labor für Teilchenbeschleuniger.

Hinzu kam das Labor für Mikrobiologie, das unter meiner Leitung stand. Als Laborleiter habe ich jahrelang Untersuchungen zu Problemen der biologischen und chemischen Kriegführung durchgeführt. Ich hatte Gelegenheit, das gesamte Programm des Instituts kennen zu lernen. Darüber hinaus ist mir eine große Zahl von Wissenschaftlern bekannt geworden, die sich in der westdeutschen Bundesrepublik gegenwärtig mit Fragen der ABC-Kriegführung beschäftigen, wodurch ich Einblick in den Mechanismus ihrer Zusammenarbeit bekam. Ich muß heute sagen, daß ich von der Vielfältigkeit und der Intensität der Kriegsvorbereitungen auf diesem Gebiet von Jahr zu Jahr mehr beunruhigt worden bin. Als besonders erschreckend erschien mir die Tatsache, daß im Offizierskorps der Bundeswehr offen und mit größter Selbstverständlichkeit von einem neuen Krieg, bei dem auch bakteriologische und chemische Waffen eingesetzt werden sollen, gesprochen wird.

Es ist bedauerlich, daß sich angesichts derartiger Gefahren für die Menschheit wieder einmal eine nicht unerhebliche Zahl deutscher Wissenschaftler von skrupellosen Militärs mißbrauchen läßt — wenn auch vielfach unter schweren Gewissenskonflikten.

Dem Institut gehören zur Zeit etwa 70—80 Mitarbeiter an. Eine erhebliche Erweiterung des Personalbestandes ist vorgesehen. Die Bedingungen für die Einstellung von Mitarbeitern für das Grafschafer Institut weisen allein schon auf die Bedeutung hin, die das Bundesverteidigungsministerium diesem Institut beimißt. Es dürfen nur solche Mitarbeiter eingestellt werden, die dem Bundesverteidigungsministerium genehm sind. Im Frühjahr dieses Jahres wurde neuerdings verlangt, daß Akademiker, die sich um Anstellung im Institut bewerben, zunächst persönlich im Bundesverteidigungsministerium, Abteilung T II 2, vorsprechen müssen. Alle Mitarbeiter des Instituts sind zur Geheimhaltung verpflichtet, wobei das System der Geheimhaltungsstufen und die Bestimmungen der Bundeswehr zur Anwendung kommen.

So wie versucht wird, ein geschlossenes System der persönlichen sowie der inneren und äußeren Absicherung aufrechtzuerhalten, ist die Institutsleitung in Abstimmung mit dem Bundesverteidigungsministerium bemüht, den wahren Charakter der wissenschaftlichen Arbeiten durch die Verwendung von Tarnbezeichnungen, durch die dezentralisierte Bearbeitung von offensiven militärischen Forschungsthemen für den Uneingeweihten undurchschaubar zu machen.

Es wurden z. B. umfangreiche wissenschaftliche Forschungen zu folgenden Problemen durchgeführt:

1) Aerosolforschung. Hierbei wurden Untersuchungen zur Herstellung von Aerosolen mit langfristig wirksamen B- bzw. C-Kampfstoffgehalt angestellt. Diese Untersuchungen erfolgten — soweit sie den B-Sektor betrafen — in dem von mir geleiteten Labor, während die Untersuchungen mit chemischen Substanzen in enger Zusammenarbeit der Abteilungen Chemie und Physik durchgeführt wurden.

Die Herstellung und Untersuchung dieser Kampfmittel erfolgt nur unter dem Aspekt einer vorgesehenen schlagartigen und langfristigen Verseuchung großer Landstriche, die nur im Falle eines Angriffskrieges von Interesse sein kann. Die Ergebnisse dieser Forschungen dienen dem Bundesverteidigungsministerium zu Festlegungen für den Großeinsatz in einem Kriegsfall. Die Einführung in die direkte Anwendungstechnik erfolgt dann

## DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

unter anderem in der Erprobungsstelle E 53 in Munsterlager unter der Regie von Oberregierungsrat Dr. Lockau. Auf Grund dieser wissenschaftlichen Ergebnisse, ergänzt durch die Erfahrungen anderer Institute und Industrielabors, ist die moderne chemische Industrie der westdeutschen Bundesrepublik (z. B. die IG Farben Nachfolgeunternehmen Farbenfabriken Bayer AG, BASF und Hoechst) in der Lage, kurzfristig größere Mengen des von der Bundeswehr benötigten Kampfstoffes herzustellen und auszuliefern.

Sowohl in wissenschaftlicher als auch in militärischer Hinsicht erhielt das Grafschafter Institut Anleitung für die Arbeiten auf dem Gebiet der B- und C-Aerosolforschung u. a. durch den deutsch-amerikanischen Professor Alexander Goetz aus Pasadena (USA), der sich auf Veranlassung des Bundesverteidigungsministeriums in den Jahren 1961 und 1962 zweimal für je sechs Wochen in Grafschaft aufhielt. Prof. Goetz hatte vorher viele Jahre im Auftrage des Pentagon auf dem Gebiet der Aerosolforschung gearbeitet. Die Kopie eines zehn Jahre geheimgehaltenen umfangreichen Berichtes über einen Teil seiner diesbezüglichen Forschungsarbeiten liegt im Grafschafter Institut.

2) Bestimmung von Toxizitätswerten und Vergiftungsbildern nach Injektion und bezeichnenderweise auch nach Inhalation bekannter und neuentwickelter phosphororganischer Verbindungen. Diese Untersuchungen werden von den Abteilungen Medizin-Biologie und Chemie gemeinsam durchgeführt, wobei im Bedarfsfalle Mitarbeiter der Abteilung Physik herangezogen werden. Für diese Arbeit wurde wegen ihrer Gefährlichkeit ein Speziallabor, der sogenannte Bunker, gebaut. In diesem Speziallabor wird durch die Erzeugung von Gasdruckdifferenzen eine gewisse Sicherheit für das mit den hochtoxischen Substanzen arbeitende Bedienungspersonal gewährleistet. Bei diesem Labor handelt es sich praktisch um eine kleine Gaskammer, die nur den Abteilungsleitern und dem Leiter des Instituts zur Untersuchung zur Verfügung steht. Diese Forschungen schließen sich logisch an die unter 1) genannten Probleme an und sind dementsprechend zu bewerten.

3) Bestimmung des Permeationsvermögens von neuentwickelten phosphororganischen Verbindungen wie auch von VX-Substanzen, speziell im Tierversuch und bei Versuchen mit menschlicher Haut. In diesem Zusammenhang muß gesagt werden, daß VX-Stoffe wegen ihrer hohen Toxizität aus keinem anderen Grund als dem eines militärischen Einsatzes getestet und für die Produktion vorbereitet werden.

4) Arbeiten zur Theorie der synthetischen Ultragifte und technische Vorbereitungen für den Umgang mit Ultragiften.

5) Bearbeitung von Problemen der Anwendungstechnik von Aerosolen phosphororganischer Kampfstoffe bei Erprobung im Tierversuch. Diese Forschungen werden durchgeführt, um Erkenntnisse für den militärischen Einsatz phosphororganischer Kampfstoffe abzuleiten.

6) Vorbereitung von Experimenten mit hochpathogenen Mikroorganismen- und Virusstämmen sowie mit bakteriellen Toxinen, insbesondere mit Botulinus-Toxin, dem wirksamsten aller bekannten Gifte. Mein ehemaliger Mitarbeiter Dr. Salomon und ich hatten unter strenger Klausur eine Studie für das Bonner Bundesverteidigungsministerium anzufertigen, in der herausgearbeitet werden sollte, auf welche Weise kurzfristig militärische Objekte mittels biologischer Waffen lahmgelegt werden können. Bei dieser Arbeit wurde unterschieden zwischen Krankheitserregern unterschiedlicher Pathogenität und Inkubationszeit sowie zwischen den diversen Möglichkeiten ihrer Anwendung. Um unsere moralischen Bedenken, die bei der Auftragserteilung bestanden, zu zerstreuen, wurde diese Studie durch die Institutsleitung als Abwehrarbeit zum Schutze der Bundeswehr deklariert. Diese Studie ist heute noch „streng geheim“. Alle bei ihrer Anfertigung vorhandenen Materialien, selbst Schmierzettel, mußten jedesmal beim Verlassen des Arbeitsraumes beim Sicherheitsbeauftragten des Instituts abgegeben werden. Die fertiggestellte Arbeit wurde uns dann endgültig aus den Händen genommen.

Auf Grund dieser Studie hatte ich später ein Programm für den Aufbau einer umfangreichen Sammlung hochpathogener Mikroorganismen-Stämme zu erarbeiten. Außerdem sollte im Grafschafter Institut eine Salmonella-Zentrale für den gesamten NATO-Bereich Europa-Mitte installiert werden, d. h. für experimentelle Zwecke eine Sammlung von Hunderten von Typhus-, Paratyphus- und Enteritis-Erregern.

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Obgleich ich kein Mediziner, sondern naturwissenschaftlicher Mikrobiologe bin, wurde mir eine Sondergenehmigung für den Umgang mit solchen hochpathogenen Mikroorganismen-Stämmen erteilt.

Zur Realisierung waren auch entsprechende Sicherheitsvorkehrungen, z. B. die Impfung der Mitarbeiter meines Labors, vorbereitet bzw. durchgeführt worden. Die ersten hochpathogenen Stämme waren in meinem Labor bereits eingetroffen. Wegen der Brisanz dieses Projektes übernahm dann allerdings die Bundeswehr selbst die Weiterbearbeitung.

\*

Soweit einige Forschungsthemen aus der Arbeit des Instituts. Für besonders wichtige und lohnend erscheinende Projekte war und ist vorgesehen, bestimmte Versuchsergebnisse unter den Schutz von Geheimpatenten zu stellen. Zu diesem Zwecke verfügt die Fraunhofer-Gesellschaft in München über eine spezielle Patentstelle. Beispielsweise war für ein von mir bearbeitetes Projekt die Erteilung eines Geheimpatentes auf die Namen Bisa, Zoch und Petras beantragt worden.

Ich möchte nun noch einige Titel von Forschungsberichten nennen, die in den vergangenen Jahren in Graftschaft für das Bundesverteidigungsministerium angefertigt worden sind.

- 1) Die inhalative Schädigung durch Phosphorsäureester-Aerosole. Durch diese Arbeiten wurden erstmalig einsatzfähige Methoden zur Erzeugung von hochtoxischen Phosphorsäureester-Aerosolen entwickelt und deren effektive Wirksamkeit im Tierversuch an Affen und Ratten studiert;
- 2) Versuche mit Phosphorsäureester TP 59 und die Wirkung von Antidoten an Ratten sowie die Prüfung und Untersuchung von O-Secundärbutyl-Methylfluorphosphorsäureester. Diese Arbeiten beinhalteten die allseitige Testung neu entwickelter und bisher unbekannter organischer Phosphorverbindungen unter dem Gesichtspunkt einer militärischen Nutzbarkeit und Einsatzfähigkeit. Bei TP 59 handelt es sich um eine hochtoxische Verbindung, die strukturmäßig zwischen den chemischen Kampfstoffen Sarin und Soman steht;
- 3) histo-pathologische Untersuchungen an TP 60-geschädigten Ratten. Unter der Tarnbezeichnung TP 60 erfolgte hier die allseitige Testung des chemischen Kampfstoffes Soman zur Ermittlung der Wirkungsweise und Wirkungsbreite unter dem Gesichtspunkt eines Einsatzes;
- 4) Qualitative und quantitative Erfassung der biologischen Wirkung schneller Neutronen als Grundlage für Untersuchungen über Kombinationsschäden. Durch diese Arbeiten wurden Methoden entwickelt und studiert, die gleichzeitig Kernstrahlung und chemische Kampfstoffe in Kombination zur Anwendung bringen, um die Effektivität beim militärischen Einsatz zu erhöhen.

Am 27. März dieses Jahres fand im Institut für Aerobiologie ein Colloquium statt, an dem namhafte Wissenschaftler aus einer ganzen Reihe westdeutscher Universitäten und Vertreter des Bundesverteidigungsministeriums sowie Offiziere der Bundeswehr teilnahmen. Hierbei berichteten die im Institut tätigen Akademiker über die Ergebnisse ihrer Untersuchungen. Zwei Vortragsthemen, die besonders bezeichnend sind, will ich hier nur nennen: „Die Soman-Intoxikation“ und „Mechanismen von Hemmung und Reaktivierung an Esterasen“.

Einige Bemerkungen zur Tätigkeit der Physikalischen Abteilung: Diese Abteilung ist neben ihrer spezifischen Arbeit auf dem Gebiet der atomaren Kriegführung in die Gesamtarbeitskonzeption des Instituts für die B- und C-Kriegsvorbereitung einbezogen. Seit Anfang 1968 beschäftigt sich diese Abteilung im besonderen Maße mit der Problematik der Kombinationsschäden.

Weitere Details zu den Arbeiten des Graftschafter Instituts sollen hier nicht angeführt werden. Sie sind übrigens in den Jahresberichten des Instituts enthalten, die regelmäßig dem Bundesverteidigungsministerium zugestellt worden sind. Darüber könnten zu einem späteren Zeitpunkt weitere Ausführungen gemacht werden.

## DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Aus dem von mir auszugsweise charakterisierten umfangreichen Programm der wissenschaftlichen Arbeiten des Instituts ist ersichtlich, daß sie nur in enger Zusammenarbeit mit anderen Forschungsinstitutionen der westdeutschen Bundesrepublik schnell und exakt gelöst werden können. Deshalb unterhält das Grafschafter Institut solche Verbindungen zu anderen Forschungseinrichtungen, mit denen entweder direkt zusammengearbeitet wird oder die im Auftrage des Bundesverteidigungsministeriums Probleme lösen, deren wissenschaftliche Ergebnisse dem Institut zur weiteren Auswertung zur Verfügung gestellt werden.

In einem Protokoll über ein Colloquium, das anlässlich einer Arbeitstagung im Institut am 5. November 1965 stattfand, wird unter anderem die enge Zusammenarbeit zwischen dem Institut, dem Bundesverteidigungsministerium, dem Kuratorium sowie anderen Instituten, so z. B. mit dem Institut für Zellphysiologie von Prof. Leiner (Finthen bei Mainz), bewiesen. In Anwesenheit von Prof. Kimmig, Prof. Lüttringhaus und Prof. Westphal wurde auf diesem Colloquium eine ausführliche Diskussion über Versuche mit chemischen Kampfstoffen und deren Wirkung auf die menschliche Haut geführt.

Eine ganze Reihe weiterer Institute in der westdeutschen Bundesrepublik arbeitet darüber hinaus direkt an Forschungsaufträgen zu den verschiedensten Problemen der B- und C-Kampfstoffe und ihres Einsatzes, die vom Bundesverteidigungsministerium vergeben und finanziert werden, z. B. mit dem Pharmakologischen Institut der Universität Göttingen, dessen Leiter Prof. Erdmann ist. Prof. Erdmann gibt dem Grafschafter Institut nach Abstimmung mit dem Bundesverteidigungsministerium laufend detaillierte Hinweise über künftige Versuchsanordnungen und Fragestellungen, die sich aus seinen eigenen Arbeiten ergeben.

Das Grafschafter Institut unterstützt seinerseits die Forschungstätigkeit von Prof. Erdmann. Durch Dr. Oldiges, den jetzigen wissenschaftlichen Leiter des Instituts für Aerobiologie, wurde z. B. anlässlich einer Arbeitstagung, die am 13. bzw. 14. Januar 1967 stattfand, im Auftrage des Bundesverteidigungsministeriums an Prof. Erdmann 500 mg Soman übergeben. Das Grafschafter Institut verfügt praktisch ständig über Somanbestände, die vom Bundesverteidigungsministerium geliefert werden.

Nach Auflösung des Instituts für Zellphysiologie von Prof. Leiner wurden die dort vorhandenen Kampfstoffvorräte auf Anweisung des Bundesverteidigungsministeriums dem Grafschafter Institut übergeben.

Neben den bereits genannten Beziehungen unterhält das Grafschafter Institut u. a. auch solche zu Universitätsinstituten in Bonn, Münster, Saarbrücken und Kiel.

Vom Bundesverteidigungsministerium werden dem Institut aber nicht nur die Arbeiten zur Verfügung gestellt, die in seinem Auftrage von westdeutschen Instituten durchgeführt wurden, sondern gleichzeitig wissenschaftliche Ergebnisse solcher Arbeiten, die westdeutsche Institute im Auftrage der US-Armee durchführen (z. B. das Institut für Veterinärphysiologie der Goethe-Universität Frankfurt/Main und das Chemische Institut der Universität Bonn).

Neben der engen Zusammenarbeit mit Universitätsinstituten besteht eine solche mit der chemischen Industrie. In einer der ersten Versuchsreihen der chemischen Abteilung des Instituts wurde z. B. das von den Farbenfabriken Bayer AG übernommene Präparat Zephirol auf seine Brauchbarkeit als allgemeines Felddesinfiziens geprüft. Seit einiger Zeit erfolgt die Zusammenarbeit mit den Farbenfabriken Bayer AG zwecks Tarnung über Dr. Clarmann, den Leiter der Entgiftungszentrale der Bundesrepublik in München, Krankenhaus rechts der Isar.

Mit der ABC-Erprobungsstelle E 53 der Bundeswehr, die von großer Bedeutung für die direkte militärische Nutzbarmachung der im Grafschafter Institut geschaffenen wissenschaftlichen Erkenntnisse ist, besteht vor allem seit den letzten zwei Jahren enger Kontakt. Die Mitarbeiter der Erprobungsstelle wie auch die des Grafschafter Instituts pflegen einen engen Erfahrungsaustausch. Das war nicht immer so. Seitdem jedoch die Sicherheitsbestimmungen im Institut erhöht worden sind, stimmte das Bundesverteidigungsministerium dieser engeren Zusammenarbeit zu.

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Das Bundesverteidigungsministerium hat vor allem im letzten Jahr eine weitere Forcierung der Entwicklung und Erprobung von biologischen und chemischen Kampfstoffen sowohl in quantitativer als auch qualitativer Hinsicht durch das Grafschafter Institut gefördert und durchgesetzt. So werden jetzt Forschungsarbeiten mit den bereits genannten VX-Stoffen nicht nur gefordert, sondern es wurden auch bereits praktische Versuche auf diesem Gebiet durchgeführt. Das Ergebnis dieser Versuche hat bei vielen Mitarbeitern des Instituts einen Schock ausgelöst. Stellte Soman bisher die oberste Grenze des Forschungsbereiches des Grafschafter Instituts dar, so wurde jetzt gefordert, Soman als unterste Stufe der weiteren Arbeit anzusehen. Damit ist ein qualitativ neues Stadium der Arbeiten erreicht, in dem sich natürlich die Gewissenskonflikte der Institutsangehörigen verstärken. In Kenntnis dieser Tatsache begann das Bundesverteidigungsministerium, noch mehr als bisher direkt auf die personellen Fragen des Instituts Einfluß zu nehmen, um sich von solchen Mitarbeitern zu trennen, die nicht bedenkenlos den geforderten Kurs der weiteren Forcierung der B- und C-Kriegsvorbereitungen nachkommen. Wie skrupellos vom Bundesverteidigungsministerium vorgegangen wird, beweist, daß selbst der langjährige Leiter des Instituts, Dr. Bisa, abgelöst wurde.

\*

Ich glaube, die von mir dargestellten Tatsachen über die westdeutschen Vorbereitungen für die B- und C-Kriegführung und die damit verbundenen Praktiken des Bundesverteidigungsministeriums fordern eine Entscheidung eines jeden verantwortungsvollen Wissenschaftlers, der nicht an einem erneuten ungeheuerlichen Verbrechen am deutschen Volk und an der gesamten Menschheit schuldig werden will. Wer Kenntnis von der Ungeheuerlichkeit der in der Bundesrepublik durchgeführten Kriegsvorbereitungen hat, kann sich nicht einfach dadurch distanzieren, daß er lediglich seine Arbeitsstelle verläßt und über seine Erfahrungen und sein Wissen schweigt. Aus diesem Grunde hielt ich es für notwendig, meine Kenntnisse und Ansichten hier und in dieser Form darzulegen.

Um zu zeigen, daß dies kein Einzelfall ist, bringt die "konkret" Nr. 21/69 eine

# Umfrage bei Giftmischern

**P**rof. Dr. Kewitz ist der Leiter des Instituts für Veterinär-Pharmakologie und Toxikologie der FU, Berlin. Bis 1958 konnte Kewitz in den USA Erfahrungen sammeln, im Forschungszentrum Edgewood/Maryland. In Edgewood befindet sich eines der Chemischen Forschungs- und Produktionszentren der US-Armee.

Gegen Prof. Kewitz wurde öffentlich der Verdacht geäußert, in Zusammenarbeit mit den Bayer-Werken, Leverkus, und im Zweigbetrieb Dormagen ein Cumarinderivat getestet zu haben. Diese chemische Verbindung hat die unangenehme Wirkung, beim „Genuß“ kleinster Mengen das prothrombinbildende Ferment aus dem Blut zu verdrängen, so daß es schon bei geringsten Verletzungen zu

keiner Blutgerinnung mehr kommt. Der Giftstoff ist geschmack-, geruch- und farblos und kann - von Flugzeugen aus versprüht - seine Wirkung über das Trinkwasser tun. Eine der heimtückischsten Krankheiten, die Bluter-Krankheit, gegen die bis heute kein wirksames Gegenmittel entwickelt werden konnte, wird so aus der Retorte erzeugt. Die Pervertierung des ärztlichen Auftrags: „Medizin“ als Kampfstoff, zur Herstellung eines unblutigen Blutbades.

Prof. Kewitz ist nicht überrascht, mit dem Bundesverteidigungsministerium verbunden zu werden, nur der Zeitpunkt kommt ihm ungelegen.

Die vorgetäuschte, tatsächlich existierende Amtsstelle im Bundesverteidigungsministerium, Abtl. T II 4, Ministerialrat Dr. Strathmann:

„Herr Professor, es geht um die eilige Vergabe noch einiger Forschungsaufträge. Könnten Sie kurzfristig zu einem Termin zu uns nach Bonn kommen?“

\*

Prof. Kewitz: „Wissen Sie, was hier in Berlin vor sich geht wegen der Forschungsaufträge vom Verteidigungsministerium?!“

\*

(Prof. Kewitz spielt auf Veröffentlichungen in letzter Zeit an, die diese Forschungsaufträge zum Gegenstand haben jedoch sowohl vom Bundesverteidigungsministerium als auch von Kewitz und anderen genannten Wissenschaftlern entschieden dementiert wurden. Derartige Aufträge bestünden nicht, wurde da vor aller Welt erklärt, solche Kontakte gäbe es nicht.)

Dem Auftraggeber gegenüber braucht diese Ablehnung nicht aufrechterhalten zu werden, hier heißt es vom Eingeweihten zum Eingeweihten: „Wegen der Forschungsaufträge vom Verteidigungsministerium.“

\*

Ministerialrat Strathmann (auf den Trouble wegen der Veröffentlichungen eingehend): „Aber das sind doch im Grunde genommen nur Kindereien, wir können doch deswegen nicht unser ganzes Programm durcheinanderwerfen.“

\*

Prof. Kewitz: „Ich werde hier ständig durch die Presse gezogen ... Ich kann es nicht ändern, aber es ist so ... Ich bin nicht dazu bereit, Herr Strathmann ...“

\*

Strathmann: „Nun, ist das so brisant im Moment bei Ihnen? Ich meine, es ist eine dringende Sache. Es geht um die Synthese von Erregertoxinen, die das Blut zersetzen, und ich meine, Sie haben da die besten Erfahrungen.“

\*

Kewitz protestiert nicht, er widerspricht nicht, obwohl er mit diesem ungeheuerlichen Forschungsauftrag in enge Verbindung gebracht wird. Nur der Zeitpunkt stört ihn, die stark beunruhigte Öffentlichkeit, es könnte weiterer Verdacht geschöpft werden, er fürchtet um seinen „guten Ruf“.

Es tritt der vielbeschäftigte „Dr. med.“ hervor: „Ich glaube nicht, daß ich im Moment dazu komme, ich habe so viel anderes zu tun im Moment, also hier wird im Moment gerade ein Lehrstuhl aufgebaut. Da sind also dringliche Arbeiten therapeutischer Art zu machen ...“

\*

Strathmann: „Ja nun, aber die Pflichten der Verteidigung! Sie könnten doch mit einem weiteren Assistenten rechnen, das ließe sich ohne weiteres machen.“

\*

Das Versprechen der imaginären vorgesetzten Dienststelle, den Vielbeschäftigten mit einem zusätzlichen Assistenten zu entlasten, wirkt. Kewitz hat keine grundsätzlichen Bedenken, er ist in Gedanken bereits bei der Absicherung.

\*

Kewitz: „Herr Strathmann, bespricht man so etwas am Telefon?“

\*

Strathmann: „Nein, ich möchte sowieso, daß wir das unter vier Augen in Bonn im Ministerium bereden.“

\*

Kewitz will „im Moment“ jedes Risiko vermeiden: „Ich würde doch sagen, in Berlin und nicht in Bonn.“

\*

Strathmann: „Gut, ich verstehe Sie. Ich komme auf Sie zurück, wenn sich das alles etwas beruhigt hat.“

\*

Prof. Dr. Otto Klimmer leitet die Abteilung Toxilogie des Pharmakologischen Instituts der Universität Bonn. Im 3. Reich bewährt - Klimmer war Leiter der „Gasschutzschule“ in Berlin-Gatow -, hat er sich heute wieder engagiert: Klimmer ist Mitglied des „Wehrmedizinischen Beirates“ der Bundeswehr und Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses „Medizinischer ABC-Schutz“. Er ist Mitarbeiter der „Zentralen Giftkartei“, die auf Weisung des Bundesgesundheitsministeriums in Zusammenarbeit mit dem in Berlin-Dahlem ansässigen Bundesgesundheitsamt seit Oktober 1967 aufgebaut wird. In dieser „Zentralen Giftkartei“ werden alle herkömmlichen und zentralen Giftstoffe erfaßt und Angaben über gegenwärtige und fernere Verwendung des jeweiligen Giftes. Der Aufbau dieser Kartei erfolgt unter bestimmten Geheimhaltungsbestimmungen, in die Arbeit ist nur ein kleiner eingeweihter Kreis von Wissenschaftlern einbezogen. Angeblich soll das Ziel dieser Kartei langfristig darauf hinauslaufen, innerhalb der NATO neben den USA in der Bundesrepublik ein zweites Zentrum für alle Fragen der Giftstoffe und ihres militärischen Einsatzes zu schaffen.

Für Prof. Klimmer ist es nichts Ungewöhnliches, als er vom „Fachreferenten des Bundesverteidigungsministeriums“ am Telefon verlangt wird.

\*

Ministerialrat Strathmann: „Guten Abend, Herr Professor. Sie müssen entschuldigen, daß wir Sie so spät privat noch stören. Wir sind eben zu einer Sondersitzung zusammengetreten, und zwar geht es um einen sehr eiligen Auftrag, der uns sehr am Herzen liegt. Haben Sie Anfang der Woche zu einem grundsätzlichen Gespräch Zeit?“

\*

Prof. Klimmer ist zu Diensten: „Wenn Sie bitte einen Moment warten. Ich schaue gerade mal auf meiner Flugkarte nach. Ich bin nämlich am Montag und Dienstag im Bundesgesundheitsamt in Berlin und komme erst Dienstag abend wieder ... Hier, ich kann es Ihnen genau sagen, ich bin am Dienstag um 17.50 Uhr in Wahn zurück.“

\*

Strathmann: „Dann ginge es ja noch. Am besten, wir könnten Sie da gleich abholen lassen.“

\*

Prof. Klimmer (erfreut): „In Ordnung. Ich komme mit der BEA-Maschine (Bri-

Strathmann: „Ich würde sagen, zur Absicherung lassen Sie sich den Ausweis zeigen, ja. Der Chauffeur ist mit einem Sonderausweis ausgestattet.“

Für Klimmer kein Grund zur Verwunderung oder Ursache für Mißtrauen, ganz im Gegenteil. Obwohl offiziell dementiert, muß sich seine Zusammenarbeit mit dem Bundesverteidigungsministerium unter dem Siegel der Verschwiegenheit auf Geheim-Basis abspielen.

Prof. Klimmer: „Ja, klarer Fall.“

Strathmann: „Hätten Sie im kommenden Jahr auch genügend Zeit für den Auftrag, die müßten Sie mitbringen.“

Prof. Klimmer: „Das ist schwer zu sagen, da ich nicht weiß, um was es sich handelt.“

Strathmann (um Absicherung und Geheimhaltung besorgt): „Ich möchte das am Telefon eigentlich nicht ...“

Prof. Klimmer: „... ja, sicher ...“

Strathmann (sagt es dann doch): „Es handelt sich um ein Chlordan-Derivat und die spezielle Verwendbarkeit für uns.“

Bei Chlordan handelt es sich um ein Insektizid, das durch einfache chemische Änderung – eben in Form eines seiner Derivate (Abkömmlinge) – als hochgiftiger chemischer Kampfstoff gegen Menschen verwendet werden kann.

Durch den Zusatz „... und die spezielle Verwendbarkeit für uns“ muß für Klimmer, den Fachmann, jedes Mißverständnis ausgeschlossen sein. Zumal er über dieses Spezialgebiet „insektizide chlorierte Kohlenwasserstoffe“ – Chlordan ist solch ein Kohlenwasserstoff – Abhandlungen veröffentlicht hat.

Er wittert den großen Auftrag: „... Wir müßten gleich ins Konkrete gehen an dem Abend, ja?“

Strathmann: „Das sowieso. Das Schlechte ist nur, daß uns durch die ganzen Störversuche in letzter Zeit schon Institute abgesprungen sind.“

Klimmer will mit solchen unpatriotischen Gesellen nichts zu tun haben (bedauernd): „Das wird auch weiterhin so sein, die Schwierigkeit wird sein, daß sich für derartige ehrenamtliche Posten in Zukunft keine jüngeren Kräfte mehr finden lassen. Ich hab' das schon gehört.“

Klimmer, ein Mann der alten Schule, der seine Erfahrungen im 3. Reich sammeln durfte, sieht diese Hingabe bei den jüngeren Kollegen nicht gewährleistet, die könnten am Ende vom demokratischen Virus infiziert sein und sich weigern, an der Entwicklung von Massenvernichtungsmitteln mitzuarbeiten.

Strathmann (die Interessen „seiner“ Dienststelle wahrnehmend): „Ehrenamtlich ist gut gesagt. Wir haben immerhin enorme Gelder da reingesteckt. Das kann man nicht allein mit ehrenamtlich bezeichnen.“

Prof. Klimmer: „Ja, ja.“

Strathmann: „Bringen Sie Dienstag abend so viel Zeit mit, daß wir alles unter Dach und Fach bekommen. Damit wir's perfekt haben.“

Prof. Klimmer: „Ja, das können wir machen.“

Strathmann: „Würde es stören, daß es direkt von der US-Armee kommt? Es werden an dem Gespräch einige Herren aus USA teilnehmen.“

Prof. Klimmer: „Tja, das ist natürlich eine etwas delikate Angelegenheit.“

(Hierdurch dokumentiert Klimmer, daß er einer „delikaten“ Anwendung dieses Mittels durch die Amerikaner – z. B. im Vietnamkrieg – aufgeschlossen gegenübersteht.)

Strathmann: „Natürlich zeichnen wir offiziell dafür, da können Sie sicher sein. Darf ich von Ihrer grundsätzlichen Bereitschaft schon mal unterrichten?“

Prof. Klimmer: „Ja!“

Strathmann: „Sie werden auf jeden Fall noch von mir hören!“

Anläßlich einer offiziellen Anfrage vor einigen Wochen hörte sich das bei Prof. Klimmer noch ganz anders an: „Die Arbeit mit derartigen Stoffen, die gegen Mensch und Tier eingesetzt werden könnten, lehne ich persönlich ab“, ließ Klimmer verlauten. „Der Umgang mit diesen Stoffen in einem derartigen Institut wäre schon aus Sicherheitsgründen nicht möglich.“

Und 3.: „Wir haben weder vom Bundesverteidigungsministerium noch von einer anderen Dienststelle des Bundes oder der Länder einen Auftrag für derartige Forschungsarbeiten erhalten. Wäre dies der Fall gewesen, hätten wir dies schon aus den oben angeführten sachlichen und persönlichen Gründen abgelehnt.“

Und 4.: „Soweit mir bekannt ist, darf in der Bundesrepublik laut alliierter Kontrollratsbeschlüssen kein Kampfstoff entwickelt oder hergestellt bzw. erprobt werden.“

Prof. Klimmer ist folglich bestens informiert. Er handelte in voller Kenntnis der Strafbarkeit seiner Zusage. Am 3. 9. 1969 hatte er dem „Bonner Generalanzeiger“ gegenüber seine Tätigkeit burschikos so erklärt: „Wir sind eben Giftleute, die sich nicht mit Zuckerwerk, sondern von Berufs wegen mit hochgiftigen Stoffen auseinandersetzen.“

Prof. Dr. Hermann Eyer ist Leiter des Max-von-Pettenkofer-Instituts für Hygiene und Medizinische Mikrobiologie der Universität München, außerdem Mitglied des „Wehrmedizinischen Beirats“ der Bundeswehr. Auch Eyer wäre in der Lage, „Führungs“-Zeugnisse für seine besondere Eignung auf diesem Sektor vorzulegen: Mitglied der SA seit 1933, der NSDAP seit 1935. 1939-1945 Leiter des Fleckfieber- und Virusforschungsinstituts des O. K. H. in Krakau.

In einem Schreiben des Hygienisch-bakteriologischen Instituts der Universität Erlangen vom 22. 2. 1939 heißt es: „In weltanschaulicher Beziehung steht Herr E. voll und ganz auf seiten der nationalsozialistischen Idee. Schon in seiner Habilitationsschrift kommt zum Ausdruck, daß er z. B. die bevölkerungspolitischen Maßnahmen des Nationalsozialismus sowohl in ihrer Notwendigkeit wie in ihrer Tragweite erfaßt und durch seine Arbeit zu begründen und zu fördern versucht.“

Eyer selbst teilt in einem Schreiben vom 11. 11. 1941, in dem er über seine Arbeit im besetzten Polen berichtet, Prof. Dr. Zeiß mit: „Im übrigen stehen wir hier ganz unter dem Eindruck der jüngsten Führerrede und sind erneut in die Sielen gegangen, um auf unsere Art an der Erreichung des Endziels mitzuwirken.“

In einem Schreiben ans Auslandsamt der Dozentenschaft vom 11. 3. 1942, wird Eyer in die Reihe der Wissenschaftler eingereiht, die „ein besonderes Interesse an Ostproblemen haben und gern bereit seien, aktiv mitzuarbeiten.“

Jetzt ist Eyer vorsichtig. Als er einen Forschungsauftrag angeboten bekommt, „um die Immunitätsbarriere für Pesterreger zu überwinden“, reagiert er abschätzend. (Der Auftrag würde darauf hinauslaufen, alle bisher bekannten Impfstoffe für Pesterreger wirkungslos zu machen, d. h. eine der schrecklichsten Seuchen der Menschheit würde aus der Retorte neu entstehen.) Aus dem ehemaligen Nazi-Ideologen ist ein „verantwortungsbewußter“ Wissenschaftler geworden. Er will damit nichts zu tun haben.

„In diesem Bereich der Kriegsführung will ich nicht mitwirken.“

Aber dann tut er es doch, aus der anfänglichen Weigerung wird ein Abwälzen der Verantwortung auf andere, er selbst bleibt sauber, er kennt nur die Verantwortung für sein eigenes Handeln und wird damit zum Mitwisser und Komplizen.

„Wenn Sie jemanden zu mir schickten, könnten wir mal sehen. Wenn ich die Sache genau überblicke, werde ich Ihnen sagen können, wer für derartige Dinge am besten - ich glaube, daß meine Kenntnis ausreicht - in Frage kommt. Da gibt es gewisse Dinge, die sind bestimmten Leuten von vornherein geläufig.“

Von vornherein geläufig bedeutet, daß bestimmte Leute an gewissen Dingen bereits arbeiten.

Professor Dr. Gärtner ist Leiter des „Hygiene-Instituts“ der Universität Kiel. Hier besteht der Verdacht, daß das Institut am Einsatz von Viren als biologische Waffe arbeitet. Dieser Forschungsbereich unterliegt allerstrengsten Geheimhaltungsbestimmungen, die unserem Vorstellungsvermögen Grenzen setzten, wie sich herausstellte. Prof. Gärtner ist zuerst äußerst mißtrauisch, in dieser Form hat offenbar das Bundesverteidigungsministerium mit ihm noch nicht verhandelt.

\*  
Ministerialrat Strathmann: „Wir befinden uns hier gerade in einer Sondersitzung. Es handelt sich um die Vergabe eines sehr dringenden Forschungsauftrages. Können Sie in dieser Woche noch zu einem Gespräch hier nach Bonn kommen?“

\*  
Prof. Gärtner: (reserviert) „Nein.“ (lauernd) „Ich weiß auch gar nichts von einem Forschungsauftrag.“

\*  
Strathmann: „Es ist noch ein ganz neuer Auftrag, der jetzt vergeben werden muß... Es liegen uns hier Gutachten vor, nach denen Sie in Frage kommen könnten. Es geht speziell... Ich möchte das am Telefon nicht in der Breite sagen...“

\*  
Das Stichwort ist gefallen. Das Gespräch wird in konspirative Bahnen gelenkt, sein Mißtrauen schwindet, er geht aus sich heraus:

Prof. Gärtner: „Ja, wollen Sie nicht vielleicht Herrn... eh, Flottnad-Lahmers bitten, dieses Gespräch mit mir zu führen oder Herrn Flottnad-Zwandel.“ Die Namen kommen stockend, es kostet ihn Überwindung, diese Namen auszusprechen, er spricht sie undeutlich aus, als ob er sich bis zuletzt nicht sicher ist, ob er von ihnen an dieser Stelle überhaupt Gebrauch machen darf.

Die Namen der beiden Herren aus dem Ministerium, mit denen er zu verhandeln pflegt, sind offensichtlich Decknamen, wie der gleichlautende erste Teil der Namen verrät.

\*  
Strathmann: „Sicher, ich meine, wären Sie einverstanden, wenn die Herren Sie aufsuchen würden?“

\*  
Gärtner ist bereit: „Ja, ich kenne beide Herren gut, und mit einem von beiden will ich mich gern unterhalten. Ich muß natürlich auch noch wissen, um was es sich handelt.“

\*  
Strathmann: „Ich kann Ihnen das kurz mal andeuten, es geht also um den Auftrag, die Immunitätsbarriere für Pockenerreger zu überwinden.“ Beim Gelingen des Forschungsauftrages würde man allen bisher mühsam entwickelten Impfstoffen gegen Pocken die Wirkung nehmen. Die neuentwickelte Seuche könnte also, gezielt eingesetzt, ganze Feindbevölkerungen ausrotten. Die deutschen Ostgebiete könnten z. B. im Handstreich genommen und - einmal von der „Seuche“ des Kommunismus befreit - zurückgewonnen werden. Die Sandkastenspiele mit den „Mega-Toten“ würden Wirklichkeit.

\*  
Prof. Gärtner stimmt dem Forschungsauftrag zu. „Ja,“ sagt er.

\*  
Strathmann: „Welchen Zeitpunkt kann ich avisieren?“

\*  
Prof. Gärtner: „Hier am Ort kann ich im Grunde jeden Tag.“

Wenn Sie einen der beiden Herren bitten, sich zu einem solchen Gespräch mit mir in Verbindung zu setzen. Wir treffen uns dann *irgendwo*.“ Nicht zu Hause oder im Institut, er sagt *irgendwo*, wo die Anonymität gewahrt bleibt.

„Ich kenne beide Herren sehr gut,“ betont Gärtner noch einmal.

\*

Strathmann: „Ich glaube auch. Sie hatten diesen Auftrag zuletzt, das lief auch darüber. Das hatten Sie ja auch gemacht.“

Gärtner: „Ja.“

\*

Strathmann: „Das läuft nämlich getrennt.“

★

Gärtner: „Ja, bitte!“

Weitere Anfragen konnten nicht mehr durchgeführt werden. Die Betroffenen waren bereits gewarnt. Ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums erklärte: (23. 9. 1969, 'Bonner General-Anzeiger'): „Durch fingierte Telefonanrufe ist am Wochenende der Versuch unternommen worden, Wissenschaftler in der Bundesrepublik und in Westberlin irreführen... Der oder die Anrufer haben sich unter dem richtigen Namen eines Referenten des Bundesverteidigungsministeriums gemeldet und den Professoren wehrtechnische Forschungsaufträge angeboten... Nach Angaben des Sprechers durchschauten jedoch die angesprochenen Wissenschaftler diese politische Manipulation... Das Verteidigungsministerium nimmt an, daß diese Anrufe offenbar im Interesse östlicher Stellen getätigt wurden...“

Die angeführten Beispiele verdeutlichen sehr gut, daß auch in der Bundesrepublik - entgegen internationaler Verträge - Kriegsforschung auf diesen Gebieten betrieben wird.

Aber Kriegsforschung ist nicht allein auf die Entwicklung von B- und C-Waffen beschränkt. So existiert ein reichhaltiges Forschungsprogramm zur Aufstellung ausgefeilter Sozialtechniken, bekannt als "COUNTER-INSURGENCY", an dem zahlreiche Soziologen, Psychologen, Wirtschaftswissenschaftler und Mathematiker mitarbeiten. "COUNTER INSURGENCY" ist ein weitverzweigtes Programm zur Unterdrückung von sozialen Unruhen, von nationalen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt. Es werden spieltheoretische mathematische Modelle zur Bekämpfung von Guerrilla-einheiten entwickelt, die Soziologie der Eingeborenenstämme erforscht, um die Eingeborenen als Helfer die Partisanenbekämpfung heranzuziehen. Nun könnte man meinen, daß uns das in Europa kaum betrifft; vor kurzem wurde jedoch ein US-Plan zur Durchführung von Partisanenaktionen im NATO-Bereich bekannt, der mit derselben wissenschaftlichen Gründlichkeit und Methodik ausgearbeitet wurde.

## Wer kontrolliert die Forschung ?

Ein beträchtlicher Teil der für die Forschung bereitgestellten Gelder stammt aus dem Verteidigungshaushalt. Kein Wunder, daß diese Forschung

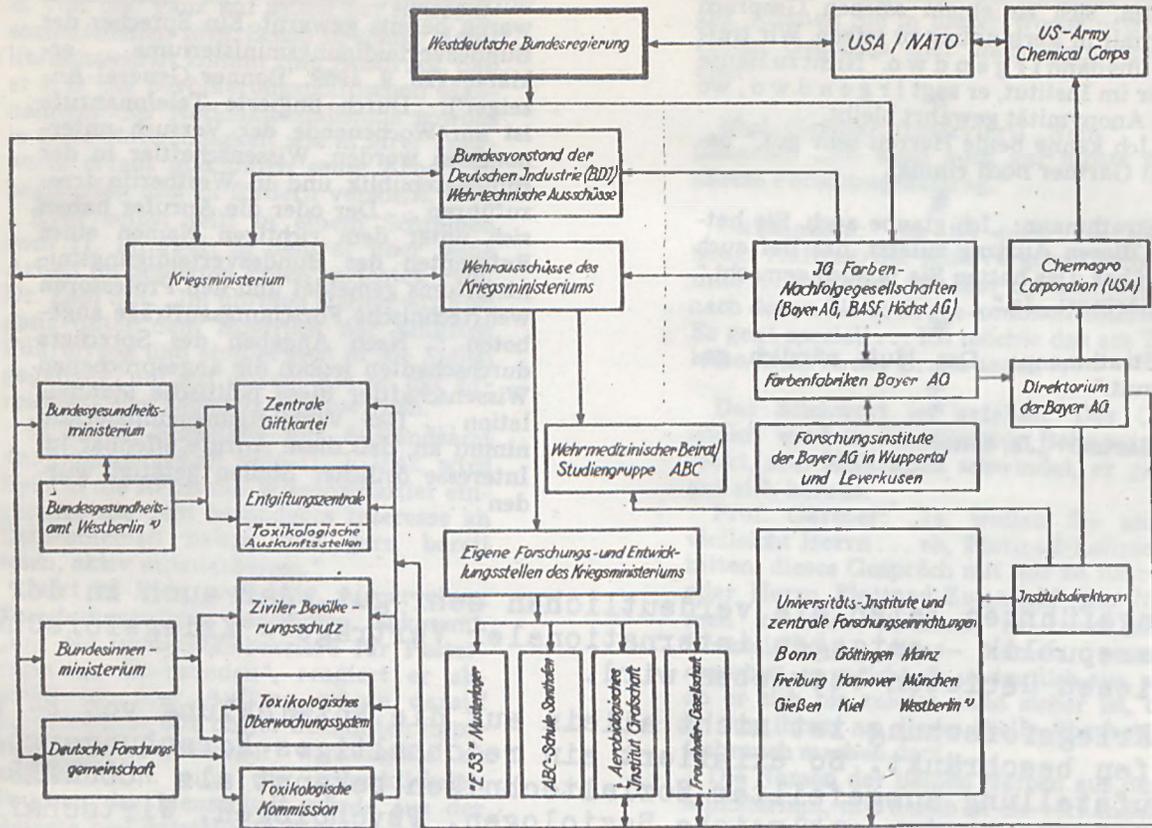
nur unter großer Geheimhaltung betrieben wird. So werden an die einzelnen Institute über die verschiedenen Wissenschaftsorganisationen vorwiegend Detailaufträge vergeben, deren Ergebnisse vom Auftraggeber (die mit der Entwicklung betraute Firma) koordiniert werden. So sind nur wenige über den Zweck der Forschungsarbeit informiert; häufig weiß der Assistent im jeweiligen Institut nicht, woran er eigentlich arbeitet.

Es folgt nun eine Übersicht über die verschiedenen Wissenschafts- und Forschungsorganisationen und ihre Verflechtung mit der Industrie.

	Ohne Verteidigungsforschung ▽ % des Bundeshaushalts		Gesamtausgaben des Bundes in Mill. DM
1969	3,7%	5%	4082,8
1968	3,4%	4,7%	3539,5
1967	3,2%	4,5%	3426,0
1966	2,9%	4,0%	2704,0
1965	2,4%	3,5%	2230,5

△ Anteil der Verteidigungsforschung

DIE AUSGABEN des Bundes für Wissenschaft, einschließlich der Mittel für Studienförderung und Ausbau der Hochschulen, steigerten sich in fünf Jahren von 3,5 auf 5 Prozent des Bundeshaushalts. Weit mehr als ein Viertel der Ausgaben für Wissenschaft dient allerdings der Verteidigungsforschung.



\* Durch die Einbeziehung Westberliner Institute in Forschungen für das Bonner Kriegsministerium wird der Status von Westberlin verletzt, das nicht zur westdeutschen Bundesrepublik gehört.

System der westdeutschen Forschungs- und Entwicklungsstellen auf dem Gebiet der B- und C-Waffen, ihrer Zusammenarbeit sowie ihrer Verbindungen zu entsprechenden Stellen der USA und der NATO

## Deutsche Forschungsgemeinschaft

### Name, Sitz und Aufgaben

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft ist die zentrale Forschungsförderungsorganisation in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich West-Berlin. Sie ist eine Selbstverwaltungskörperschaft der deutschen Wissenschaft, die sich ihre Satzung selbst gibt und die wissenschaftlichen Mitglieder ihrer Organe frei wählt. Sie ist weder Behörde noch Körperschaft des öffentlichen Rechts, sondern eingetragener Verein des bürgerlichen Rechts. Ihren Sitz hat sie in Bad Godesberg. Sie besteht seit 1949, zunächst als „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“, seit ihrer Verschmelzung mit dem Forschungsrat im Jahre 1951 als „Deutsche Forschungsgemeinschaft“. Von 1920 bis 1945 gab es in Berlin eine Vorgängerin, die ebenfalls nacheinander diese beiden Namen — Notgemeinschaft und Forschungsgemeinschaft — geführt hat.

Die Forschungsgemeinschaft hat folgende Aufgaben:

- sie gibt für Forschungsvorhaben finanzielle Unterstützungen;
- sie fördert die Zusammenarbeit der Forscher;
- sie berät die Parlamente und Regierungen in wissenschaftlichen Fragen;
- sie pflegt die Beziehungen der deutschen Forschung zur ausländischen Wissenschaft;
- sie bemüht sich besonders um die Förderung und Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

### Mitglieder

Mitglieder der Forschungsgemeinschaft sind (vgl. S. 58):

die 34 wissenschaftlichen Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland mit West-Berlin,

die 4 westdeutschen Akademien der Wissenschaften:

Göttingen, Heidelberg, Mainz und München,

und 5 wissenschaftliche Gesellschaften und Anstalten

die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften,

der Deutsche Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine,

die Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte,

die Physikalisch-Technische Bundesanstalt in Braunschweig und

die Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung in München.

Weitere wissenschaftliche Hochschulen und Akademien, umfassende wissenschaftliche Verbände und Anstalten von gleicher Bedeutung können durch Beschluß der Mitgliederversammlung als Mitglieder aufgenommen werden.

### Finanzierung

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft ist gemeinnützig. Beiträge werden von den Mitgliedern nicht erhoben. Zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben erhält sie Mittel von Bund und Ländern sowie Zuwendungen des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft. In den letzten Jahren erhielt sie auch Mittel der Fritz Thyssen Stiftung.

Bund und Länder tragen den der Forschungsgemeinschaft aus öffentlichen Mitteln zufließenden Zuschuß nach dem am 29. Juni 1964 abgeschlossenen Verwaltungsabkommen je zur Hälfte.

Der Bund bewilligt der Forschungsgemeinschaft seit 1950 Mittel, die jetzt alljährlich im Haushaltsplan des Bundesministeriums für wissenschaftliche Forschung ausgewiesen werden. Sie beliefen sich im Rechnungsjahr 1965 auf 58 Millionen DM. Hierzu kamen vom Auswärtigen Amt rd. 1,3 Millionen DM für Kongreß- und Vortragsreisen im Ausland und 260 000 DM für die Meteor-Expedition in den Indischen Ozean. Der Bundesminister für Wirtschaft überwies für das Gemeinschaftsprojekt Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung 1 Million DM. In den vergangenen Jahren erhielt die Forschungsgemeinschaft vom Bund zudem einmalige Sondermittel, die vornehmlich zur Beschaffung von Großgeräten, zur Verstärkung der Sachfonds der wissenschaftlichen Hochschulen und für einige Sonderprojekte verwendet wurden.

Die Länder leisten seit 1949 finanzielle Zuschüsse. Diese Finanzierung erfolgte bis zum Abschluß des Verwaltungsabkommens im Juni 1964 im Rahmen des sogenannten Königsteiner Abkommens, in welchem sich die Länder verpflichteten, eine Reihe wissenschaftlicher Einrichtungen von überregionaler Bedeutung zu unterstützen. Im Jahre 1965 betragen die Zuwendungen der Länder an die Deutsche Forschungsgemeinschaft ebenso wie der allgemeine Zuschuß des Bundes 58 Millionen DM.

Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft im Jahre 1949 von Persönlichkeiten wiederbegründet, die in der Erkenntnis der außerordentlichen Bedeutung der Wissenschaft für die Wirtschaft der Forschung auch mit privaten Mitteln helfen wollten, gibt den größten Teil der ihm zur Verfügung stehenden Gelder an die Forschungsgemeinschaft. Im Jahre 1965 beliefen sich diese Zuwendungen auf rd. 16 Millionen DM. Dem Stifterverband gehören neben sämtlichen Spitzenverbänden der Wirtschaft zur Zeit rd. 4800 Vereinigungen, Unternehmen und Einzelpersonlichkeiten aus Handwerk, Gewerbe, Handel und Industrie an.

Die Fritz Thyssen Stiftung stellte 3,5 Millionen DM für Habilitandenstipendien und für medizinische und naturwissenschaftlich-technische Forschungsprogramme bereit.

Der Forschungsgemeinschaft standen im Jahre 1965 im ganzen rd. 141 Millionen DM zur Verfügung.

### Die Deutsche Forschungsgemeinschaft als Selbstverwaltungsorganisation

In den meisten modernen Staaten gibt es eine oder mehrere zentrale Forschungsorganisationen. Verschieden stark prägt sich in ihnen der staatliche Einfluß aus.

In den verschiedenen Organen der Forschungsgemeinschaft sind Bund und Länder zwar überall dort vertreten, wo finanzielle Entscheidungen gefällt werden — also in Kuratorium und Hauptausschuß —, sie haben dort aber keine Mehrheit. Präsidium und Senat setzen sich ausschließlich aus Wissenschaftlern zusammen. Bedenkt man, daß die von der Forschungsgemeinschaft verteilten Gelder zu mehr als 80% aus öffentlichen Quellen stammen, so verdient diese Zurückhaltung der staatlichen Stellen besondere Beachtung. Sie gewährleistet die uneingeschränkte Selbstverwaltung der Wissenschaftler in ihrer Organisation.

### Verhältnis zum Wissenschaftsrat, zur Max-Planck-Gesellschaft und zu den Stiftungen

Der im Jahre 1958 gebildete Wissenschaftsrat ist in Charakter und Aufgabenstellung von der Forschungsgemeinschaft unterschieden. Er wurde durch eine Vereinbarung von Bund und Ländern ins Leben gerufen, ist also kein Organ der Selbstverwaltung.

Der Wissenschaftsrat unterstützt nicht einzelne Forschungsvorhaben. Seine Aufgabe ist, einen Gesamtplan zur Förderung der Wissenschaft aufzustellen, die für die Wissenschaft bestimmten Mittel des Bundes und der Länder zu koordinieren und Empfehlungen für die Verwendung dieser Mittel zu geben.

Forschungsgemeinschaft und Wissenschaftsrat arbeiten eng zusammen. Diese Zusammenarbeit kommt dadurch zum Ausdruck, daß mehrere Mitglieder des Präsidiums, des Senats und des Hauptausschusses der Deutschen Forschungsgemeinschaft auch Mitglieder des Wissenschaftsrates sind, daß der Präsident der Forschungsgemeinschaft dem Wissenschaftsrat angehört und daß der Vorsitzende des Wissenschaftsrates an Sitzungen von Präsidium und Senat der Forschungsgemeinschaft teilnimmt.

Die *Max-Planck-Gesellschaft*, die im Jahre 1910 als Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gegründet wurde, hat, im Unterschied zur Forschungsgemeinschaft, ausschließlich die Funktion, Forschungsinstitute zu unterhalten; sie nimmt also die Aufgaben wahr, auf die die Forschungsgemeinschaft im Gegensatz zu ausländischen zentralen Forschungsorganisationen verzichtet hat. Die Max-Planck-Gesellschaft ist Mitglied der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Die beiden Verwaltungen sind völlig voneinander getrennt. Die enge Zusammenarbeit kommt unter anderem darin zum Ausdruck, daß der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft als ex officio-Mitglied dem Senat und dem Hauptausschuß der Forschungsgemeinschaft und der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft als ständiger Gast dem Senat der Max-Planck-Gesellschaft angehört.

Auch mit der *Fritz Thyssen Stiftung* verbindet die Forschungsgemeinschaft eine ständige enge Zusammenarbeit. Der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft ist seit der Errichtung der Stiftung im Jahre 1960 Mitglied des Beirats und des Kuratoriums.

Mit der *Stiftung Volkswagenwerk* besteht ebenfalls eine gute Zusammenarbeit, die sich u. a. in mehrmals jährlich stattfindenden Besprechungen über allgemeine und spezielle Fragen der Forschungsförderung und in häufigen anderen Kontakten der Geschäftsstellen zeigt.

#### ORGANISATION DER FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT

Die Aufgaben der Forschungsgemeinschaft werden von einer Reihe von *Organen* wahrgenommen, deren Befugnisse klar gegeneinander abgegrenzt sind. Die Mitglieder dieser Gremien arbeiten ehrenamtlich. Präsident und Generalsekretär der Forschungsgemeinschaft sind hauptamtlich tätig.

##### Die Mitgliederversammlung

ist die in der Satzung festgelegte jährliche Zusammenkunft aller Mitglieder der Forschungsgemeinschaft. Die Mitglieder des Präsidiums und des Kuratoriums nehmen mit beratender Stimme daran teil.

Die Mitgliederversammlung bestimmt die Richtlinien für die Arbeit, nimmt den Jahresbericht des Präsidiums und die Jahresrechnung entgegen und entlastet das Präsidium. Sie wählt das Präsidium und den Senat und bestätigt die Fachausschüsse.

##### Das Präsidium

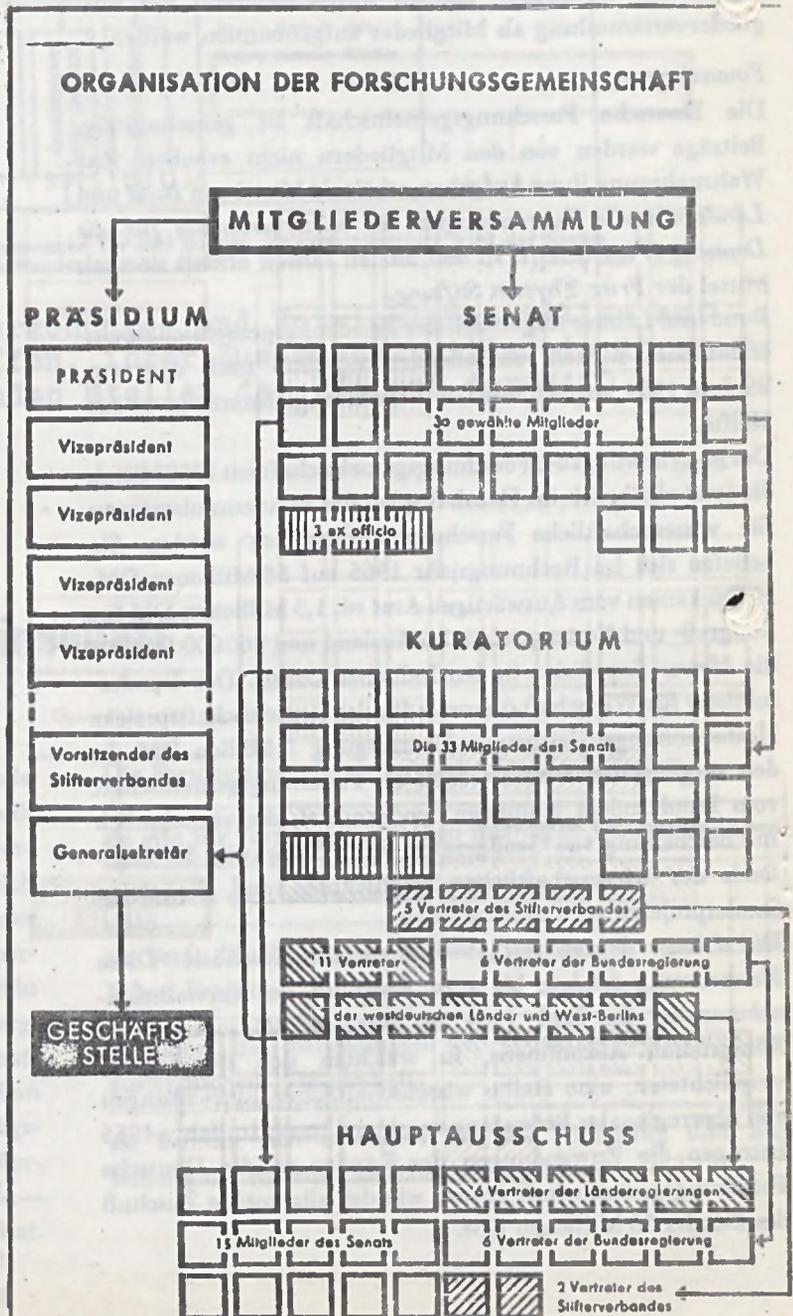
besteht aus dem hauptamtlichen Präsidenten und (zur Zeit 4) nebenamtlichen Vizepräsidenten, die ausnahmslos selbst Forscher sind. Der Vorsitzende des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft gehört dem Präsidium mit beratender Stimme an. Der Generalsekretär der Forschungsgemeinschaft nimmt, gleichfalls mit beratender Stimme, an den Sitzungen des Präsidiums teil (vgl. S. 60).

Präsidium und Generalsekretär sind für die laufenden Geschäfte verantwortlich. Als Vorstand im Rechtssinne

zeichnen Präsident und Generalsekretär gemeinsam. Der Präsident und die Vizepräsidenten werden von der Mitgliederversammlung auf drei Jahre gewählt. Der Generalsekretär wird auf Vorschlag des Präsidiums durch das Kuratorium bestellt. Das Präsidium bedient sich zur Erledigung der laufenden Geschäfte der Geschäftsstelle, an deren Spitze der Generalsekretär steht. In 25 Referaten sind dort zur Zeit 30 Referenten tätig.

##### Der Senat

setzt sich aus 33 Forschern zusammen, von denen 30 durch die Mitgliederversammlung auf drei Jahre gewählt werden. Der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Westdeutschen Akademien und der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft gehören dem Senat ex officio als Mitglieder an (vgl. S. 60 ff.). Der Vorsitzende des Wissenschaftsrates wird regelmäßig zu den Sitzungen des Senats eingeladen.



Der Senat nimmt die gemeinsamen Anliegen der Forschung wahr; er fördert die Zusammenarbeit in der Forschung, berät Regierungsstellen in wissenschaftlichen Fragen durch Gutachten und vertritt die Interessen der deutschen Forschung gegenüber der ausländischen Wissenschaft. Er kann Forschungsarbeiten anregen und vorbereiten und auf die Koordinierung getrennt begonnener Vorhaben hinwirken. Von besonderer Bedeutung ist die Arbeit des Senats: in der Tätigkeit der wissenschaftlichen „Kommissionen“ (vgl. S. 18 ff.) sowie in der Bildung sogenannter „Schwerpunkte“ (vgl. S. 53 ff.) in der Förderung der Forschung. Ferner entscheidet der Senat bei der Bildung von Forschergruppen (vgl. S. 39) und Hilfseinrichtungen der Forschung über wissenschaftlichen Wert und grundsätzliche Förderungswürdigkeit. Er bedient sich zur Behandlung spezieller Probleme besonderer Ausschüsse.

**Das Kuratorium**

besteht aus den Mitgliedern des Senats, ferner aus 6 Vertretern des Bundes, 11 Vertretern der Kultusverwaltungen der westdeutschen Länder und West-Berlins und 5 Vertretern des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft (vgl. S. 62). Das Kuratorium insbesondere die Aufgabe, den Haushaltsplan festzustellen.

**Der Hauptausschuß**

umfaßt 29 Mitglieder. 15 von ihnen werden vom Senat aus dessen Reihen bestellt. Außerdem gehören ihm je 6 Vertreter des Bundes und der Länder an, 2 seiner Mitglieder werden vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft entsandt (vgl. S. 61).

Der Hauptausschuß ist für die finanzielle Förderung der Forschung zuständig. Er entscheidet im schriftlichen Verfahren und in regelmäßigen Sitzungen über die an die Forschungsgemeinschaft gerichteten Anträge auf Beihilfen. Außer den bisher genannten Gremien — Mitgliederversammlung, Präsidium, Senat, Kuratorium, Hauptausschuß —,

deren Aufgaben in der Satzung festgelegt sind, gibt es eine Anzahl beratender Ausschüsse.

**Die 26 Fachausschüsse**

sind in 146 Einzelfächer mit insgesamt 322 Gutachtern aufgegliedert und umfassen nahezu alle Gebiete der Forschung. Die Fachausschüsse haben eine besonders wichtige Aufgabe. Sie erstatten für die bei der Forschungsgemeinschaft eingehenden Anträge Gutachten. Für jedes der 146 Fächer sind in der Regel zwei, in besonders umfangreichen Gebieten vier ständige Gutachter tätig. Sie werden in allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen von den Wissenschaftlern der Bundesrepublik einschließlich West-Berlins gewählt. Die Wahl findet alle vier Jahre, das nächste Mal 1967, statt. Die Fachgutachter jedes Fachausschusses wählen, wieder in geheimer Wahl, aus ihrer Mitte den Vorsitzenden sowie dessen Stellvertreter. Auf die Gutachten der Fachausschüsse gestützt, trifft der Hauptausschuß seine Entscheidungen (vgl. S. 12, 67).

**Der Bibliotheksausschuß**

setzt sich aus 12 Mitgliedern zusammen. Gegenwärtig gehören ihm neben 3 Hochschullehrern 8 Vertreter der Staats- und Universitätsbibliotheken und der Direktor des Instituts für Dokumentationswesen an (vgl. S. 65). Der Bibliotheksausschuß berät die Forschungsgemeinschaft in allen Fragen des wissenschaftlichen Bibliothekswesens und seiner finanziellen Unterstützung (vgl. S. 49).

**Der Verlagsausschuß**

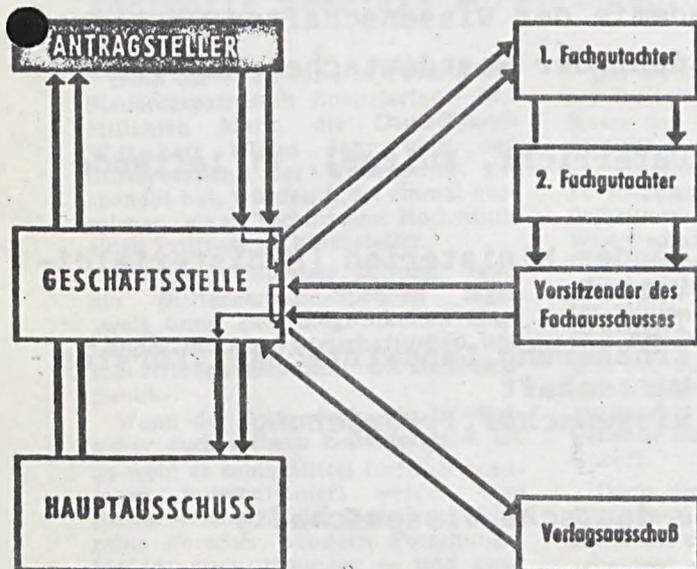
besteht aus 7 Mitgliedern, von denen 4 Hochschullehrer und 3 Verleger sind (vgl. S. 65). Der Verlagsausschuß berät die Forschungsgemeinschaft in allen Fragen des wissenschaftlichen Verlagswesens. Sämtliche Anträge auf Druckbeihilfen werden ihm zugeleitet (vgl. S. 38).

**Die Kommissionen**

befassen sich in der Mehrzahl mit Fragen der Volksgesundheit. Ein Teil betreut Editionen und Schwerpunktprogramme (vgl. S. 18 ff. und 53). An der satzungsgemäßen Aufgabe der Forschungsgemeinschaft, Parlamente und Regierungen in wissenschaftlichen Fragen zu beraten, haben die Kommissionen maßgeblichen Anteil.

**Der Ausschuß für angewandte Forschung**

besteht aus 27 Mitgliedern, von denen je 9 Vertreter aus den Hochschulen, aus der Verwaltung des Bundes und der Länder und aus der Wirtschaft kommen (vgl. S. 65). Der Ausschuß hat die Aufgabe, den Kontakt zwischen Wissenschaft und Wirtschaft durch Beratungen, Gutachten und Publikationen zu fördern und Maßnahmen zur Unterstützung der angewandten Forschung anzuregen (vgl. S. 46).



→ Lauf eines Antrages bei Sachbeihilfen, Stipendien, Reisebeihilfen, Forschungsfreijahren

→ Lauf eines Antrages bei Druckbeihilfen

Dem Präsidium gehören an:

Autrum, Hansjochen; Dr. phil. Vizepräsident, Universität München und Würzburg, seit 1963 Mitglied des Wissenschaftsrats.

Speer, Julius; Dr. phil. nat. Dr. jur. h. c. Prof. Präsident der DFG, 1964 Senator der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft (MPG) 1965 Mitglied des Wissenschaftsrats (WR).

Beck, Hans Georg; Dr. theolog. Prof. für Byzantinistik und neugriechische Philologie, Vizepräsident.

Mohr, Otto; Dr.-Ing. ord. Prof. für allgemeine Elektrotechnik TU West-Berlin, Vizepräsident.

Vits, Ernst Hellmut; Dr. jur. Dr. rer. pol. h. c. Vizepräsident, Vorstandsvorsitzender des Stifterverbandes, Vorstandsvorsitzender der Vereinigten Glanzstoff-Fabriken AG, Aufsichtsratsmitglied Deutsche Erdöl AG, Bereit seit 1939 wurde der Wehrwirtschaftsführer Vorstandsvorsitzender des auch heute noch führenden Chemiefaserkonzerns. Stellvertretender Vorsitzender im Beraterkreis der Gesamtbank der Deutschen Bank.

Walcher, Wilhelm; Dr.-Ing. Vizepräsident, ord. Prof. für Physik Universität Marburg.

Das Kuratorium der DFG "stellt den vom Hauptausschuß aufgestellten Haushaltsplan fest". Die 30 wissenschaftlichen Mitglieder, die zugleich Mitglieder des Senats sind, werden von der MV der DFG für 3 Jahre gewählt. In jedem Jahr scheidet nach dieser Versammlung ein Drittel der Mitglieder aus. Damit ist keine langfristige und kontinuierliche Einflußnahme auf die Geschäftsführung der DFG möglich. Auch in diesem Gremium ist die Industrie personell vertreten. So wurde z. B. Karl Winnacker (Hoechst - Konzern) 1965 von Heinz Goeschel (Siemens-Konzern) abgelöst. Dem Kuratorium gehören zum Beispiel an:

Butenandt, Adolf; Dr. h. c. Prof. Präsident der MPG, Mitglied des Aufsichtsrats (AR) der Bayer-AG, Vorstandsmittglied des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, ord. Prof. Universität Tübingen (1945-1960) Dr. h. c. Uni München und Tübingen.

Neumann, Hans; Prof. Dr. Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Westdeutschen Akademien, Mitglied der Akademie der Wissenschaften Göttingen.

Sieverts, Rudolf; Dr. Jur. Prof. Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz.

Vertreter der Länder: (Volksbildung, Unterricht, Kultur), 11 leitende Länderbeamte (Senatoren, Minister u. a.)

Vertreter des Bundes: 6 Vertreter folgender Ministerien (Ministerialdirektoren u. a.)  
Bundesministerium für Verkehr  
Bundesministerium des Innern  
Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten  
Bundesministerium für Wirtschaft  
Bundesministerium für wissenschaftl. Forschung  
Bundeskanzleramt

Vertreter des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft:

Karl Klasen, Dr. jur. Vorstandsmittglied der Deutschen Bank AG, mehr als 20 Aufsichtsratsmandate.

Hellmut Ley, Dr.-Ing. Vorstandsvorsitzender der Metallgesellschaft AG, Präsident der Gesellschaft Deutscher Chemiker, Stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums des Max-Planck-Instituts (MPI) für Biophysik.

Kurt Lotz, Vorstandsvorsitzender der Volkswagen AG, Mitglied der Deutschen Atomkommission, Präsident des Zentralverbandes der Elektrotechnischen Industrie seit 1966.

Hermann Reusch, Dr.Dr.-Ing.h.c. Vorstandsvorsitzender der Gutehoffnungshütte AG und Gutehoffnungshütte Aktienverein, Sterkrade AG (Haniel), Präsidialmitglied des Bundesverbandes der Deutschen Industrie BDI und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände BDA.

Hermann Winkhaus, Dr.-Ing.Dr.agr.h.c. Schatzmeister des Stifterverbandes, 1957-1962 Vorstandsvorsitzender - jetzt AR-Mitglied der Mannesmann AG, so wie AEG und Ruhrchemie AG. Senator der MPG. Mindestens 10 Jahre lang, von 1955 bis 1965 waren im Kuratorium der DFG Vertreten:

Hans C. Boden, Dr. Generaldirektor der AEG, Vorsitzender des AR der AEG und der Telefunken AG.

Clemens Plassmann, Dr.jur. Bankdirektor Deutsche Bank AG, Inhaber mehrerer AR-Posten.

Heinrich Kost, Generaldirektor Rheinpreußen AG (Haniel/DEA Gruppe), Vizepräsident des BDI, Vorstandsmitglied des Deutschen Industrie- und Handelstags (DIHT), Senator der MPG, Ehrensenator des Stifterverbandes für die dt. Wissenschaft, vorsitzender der Gesellschaft der Freunde der Ruhr-Universität Bochum.

1965 trat eine personeller Wechsel ein, ohne jedoch das Kräfteverhältnis grundsätzlich zu ändern. Über die Vertreter des Stifterverbandes wird ein kontinuierlicher Einfluß der Industrie verwirklicht.

**Rüstungsindustrie hat sich als Wirtschaftszweig mit hohen Profitraten erwiesen. Um dieses lohnende Geschäft besser betreiben zu können und um international konkurrenzfähig zu bleiben, wird ein großer Teil der Forschungsaufwendungen für die Kriegsforschung aufgebracht. Da "die Prioritäten der Forschung mehr von Handelsbilanzen und Aktienkursen als vom Wohle des Menschen" (Steinbuch) bestimmt werden, sind die Industriekonzerne daran interessiert, mittelbar oder unmittelbar ihre Kontrolle über die Forschungsprojekte auszuüben. Dazu schreibt der SPIEGEL:**

Denn die — zu rund 50 Prozent aus Steuerersparnissen finanzierten — 28,5 Millionen Mark, die Deutschlands Wirtschaft letztes Jahr über den Stifterverband der Wissenschaft gespendet hat, würden nicht einmal ausreichen, einer Technischen Hochschule einen Prüfreaktor hinzustellen.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ fand, die Stifterverband-Spenden lägen „weit unter den Möglichkeiten eines Landes von der wirtschaftlichen und industriellen Kapazität“ der Bundesrepublik.

Wenn der Stifterverband als Geldgeber auch nahezu bedeutungslos ist, so weiß er seine Mittel trefflich anzulegen. Subventioniert werden vom Stifterverband in der Regel nicht einzelne Forscher, sondern Forschungsförderungseinrichtungen — und zwar nur solche, die „ausreichend Repräsentanten des Stifterverbandes in ihre Entscheidungsgremien aufnehmen“. Auf diese Weise hat sich die deutsche Wirtschaft mit Hilfe ihrer mageren Spenden Sitz und Stimme oder Gehör in elf zentralen Wissenschaftsgremien und in 31 Förderergesellschaften einzelner Hochschulen verschafft.

Der weitaus größte Teil (65 Prozent) der Stifterverbandsgelder fließt in die Kasse der wichtigsten Forschungsförderungs- und -lenkungsorganisation der Bundesrepublik: der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), die als Selbstverwaltungsorgan der deutschen Wissenschaft gilt und von der die Hochschulforscher das Gros ihrer „Fremdmittel“ beziehen. Obwohl der 185-Millionen-Etat (1968) der DFG zu 93,3 Prozent von Bund und Ländern und nur zu 6,7 Prozent von der Wirtschaft gespeist wird, spielt der Stifterverband in der DFG „eine ausschlaggebende Rolle“ (DFG-Präsident Julius Speer).

Denn die Mittel, die der Staat der DFG gewährt, sind angesichts des Bedarfs der deutschen Forschung so „bescheiden“ (Speer), daß die DFG dem einzigen, wenn auch knauserigen, zusätzlichen Geldgeber, der Wirtschaft, unverhältnismäßig viel Mitspracherecht einräumt. Mit anderen Worten: Auch in der DFG, die ein Gegengewicht zu den Industriebezogenen Teilen der Hochschulforschung hätte bilden können, sitzen die Lobbyisten der Großindustrie.

Zwar ist der Präsident der DFG, Speer, ein Professor. Doch im Präsidium steht ihm Ernst Hellmuth Vits, Generaldirektor der Vereinigten Glanzstofffabriken AG, zur Seite.

Zwar gehören dem „Senat“ der DFG fast nur Professoren an. Doch im entscheidenden Gremium, dem „Kuratorium“, das die Haushaltspläne verabschiedet, sind mehr als ein Drittel der Mitglieder Ministerialbeamte und Wirtschaftler — darunter Gerhard Elkmann, Vorstandsmitglied der Hoesch AG; Karl Klasen, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank; Hellmut Ley, Vorstandsvorsitzender der Metallgesellschaft AG; VW-Generaldirektor Kurt Lotz, Vorstandsvorsitzender der Brown Boveri & Cie. AG; Thorwald Risler, Generalsekretär des Stifterverbandes.

Eine ingeniose Regelung bewirkt, daß trotz zahlenmäßiger Unterlegenheit die Kontinuität des wirtschaftlichen Einflusses im Kuratorium gewahrt wird: Ein Drittel der Professoren unter den Mitgliedern wird jedes Jahr ausgewechselt. Die Vertreter des Stifterverbandes aber sind an diese Drei-Jahres-Fristen nicht gebunden.

In dem für die Industrie wichtigen DFG-„Ausschuß für angewandte Forschung“ schließlich, dem Beratungsgremium für alle ingenieurwissenschaftlichen Vorhaben, haben die Hochschullehrer mit zehn von 28 Mitgliedern nicht einmal die einfache Mehrheit. So knüpft die DFG, wie sie in ihren Broschüren berichtet, „Kontakte zur Industrieforschung, die ihrerseits aus diesen Kontakten viel Nutzen ziehen kann“.

Das wirft die Frage auf, wie es dann um die Forschung bestellt ist, die „nutzlos“ erscheint. Nur 16 Prozent der 1968 im Normalverfahren\* verteilten DFG-Gelder wurden für medizinische Forschungsvorhaben bewilligt; für naturwissenschaftlich-technische Projekte dagegen stellte die DFG 55 Prozent bereit.

Der Anteil der von der DFG im Normalverfahren abgelehnten Forschungsgelder (durchschnittlich 24 Prozent) war am höchsten auf Gebieten, die nicht kurzfristig profitträchtig erscheinen — etwa Architektur, Städtebau und Landesplanung (53 Prozent abgelehnt), Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (38 Prozent abgelehnt), praktische Medizin (34 Prozent abgelehnt).

Ähnlich das „Schwerpunkt-Programm“ der DFG: Für alle Vorhaben auf den Gebieten der Frühinvalidität, der Luftreinhaltung, des Lärmschutzes, der Fremdstoffschäden, der Gesundheitsgefährdung durch Arbeitsstoffe und der Krebsbekämpfung zusammengenommen (insgesamt: 2,4 Millionen Mark) zahlte die DFG 1968 weniger als für die zweifellos auch sehr wichtigen Arbeiten in einem einzigen

Bereich der Ingenieurwissenschaften (Hochspannungs - Gleichstromübertragung: 2,8 Millionen Mark).

Die exakte Höhe einzelner DFG-Zuschüsse wird nicht veröffentlicht. Ablehnungen von Zuschußanträgen bleiben unbegründet. Anfechtungen sind erfolglos, weil die DFG als eingetragener Verein nicht der Verwaltungsgerichtsbarkeit unterliegt. Eine öffentliche Erfolgskontrolle gibt es nicht: Sind Gelder erst einmal bewilligt, kümmert sich die DFG „um nichts mehr als um die Vorlage der Rechnungsbelege“ (Nachtigall).

Gleichwohl wäre eine transparente DFG, die wirklich und nichts weiter als Selbstverwaltungsorgan der Wissenschaft ist, durchaus die richtige Instanz, Forschungsmittel zu verteilen — so genügend staatliche Mittel zur Verfügung stünden. Zwar kennt Bundesforschungsminister Gerhard Stoltenberg (CDU) die Lücken der deutschen Forschung. Im Rahmen eines Programmes „Neue Technologien“ sollen Wissenschaftler

- ▷ nach Möglichkeiten zur Verbesserung des Nahverkehrs fahnden,
- ▷ künstliche Organe, zum Beispiel für Contergan-Kinder, entwickeln und
- ▷ Methoden zur Wasser- und Luftreinhaltung, Abfallbeseitigung und Lärmbekämpfung finden.

Doch für dieses Forschungsprogramm stellt Stoltenberg nur insgesamt 17 Millionen Mark (1969) bereit — ein Bruchteil der 412 Millionen,

die sich Bonn 1968 die Stützung des Magermilchpreises kosten ließ.

Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkte setzt die Bundesregierung vor allem in Rüstung (1969: eine Milliarde Mark), Atomtechnik (1968 bis 1972: sechs Milliarden Mark), Welt-raumforschung (1969: 351 Millionen Mark) und Datenverarbeitung (1969: 75 Millionen Mark). Stoltenbergs — inzwischen verstorbener — Staatssekretär Wolfgang Cartellieri: „Der Wunsch des Staates, bestimmte Fachbereiche zu fördern, beruht oft auf Überlegungen, die nicht aus dem wissenschaftlichen, sondern aus dem wirtschaftlichen Bereich stammen, aus der Abwägung von Investitionen und späterem Nutzen, der Rendite.“

\* Im Normalverfahren wurden 1968 von der DFG rund 107 Millionen Mark für Beihilfen, Stipendien und Forschungsfreijahre bereitgestellt, um die Arbeit einzelner Forscher aus allen Disziplinen zu fördern. Im Schwerpunktverfahren bewilligte die DFG 84 Millionen Mark für größere Arbeitsgruppen, um „gezielt neue Forschungseinrichtungen und -projekte zu unterstützen“. In einem dritten Förderungsverfahren wurden 4,5 Millionen Mark zur Gerätebeschaffung an Sonderforschungsbereichen verteilt, um die Forschungskapazität bestimmter Hochschulen „auf ausgewählten Gebieten über einen längeren Zeitraum massiv zu verbessern“.

Aus SPIEGEL Nr. 40/69

Sicher wird auf lange Zeit hinaus ein großer Teil der Forschungsmittel durch Industrie und Wirtschaft aufgebracht werden müssen. Aber um zu vermeiden, daß Profitinteressen einiger Großkonzerne — womöglich finanziert durch öffentliche Mittel — den Gang der Forschung kontrollieren, um zu vermeiden, daß unter Mißachtung internationaler Verträge Geheimforschung zur Intensivierung des Rüstungswettlaufes betrieben wird, anstatt die (auch von Bundespräsident Heinemann geforderte) Friedensforschung auszubauen; um all das zu vermeiden, müssen folgende Forderungen erfüllt werden:

1. Offenlegung und Kontrolle der für die Hochschulen zur Verfügung gestellten Forschungsmittel,
2. Einführung bzw. Erweiterung der Mitbestimmung in der Hochschule, in den Forschungsorganisationen und in den Betrieben,
3. Beendigung der B- und C-Waffenforschung.

**Schluß mit der Kriegsforschung —**

**Kontrolle der Auftragsforschung !**